

Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation (2024)

Die gesellschaftliche Entwicklung scheint derzeit auf autoritäre Kippunkte⁴⁹ hinzusteuern.

Das grün-kapitalistische Modernisierungsprojekt als dominante Antwort auf die Krisen wird durch Austeritätspolitik blockiert. Autoritär-populistische Kampagnen verschieben das politische Kräfteverhältnis nach rechts. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich durch die Ampel-Regierung nicht mehr vertreten und sehen bei den Parteien keine Lösungen für die gesellschaftlichen Krisen und Verwerfungen. Die Klassenfrage bleibt trotz sozialer Krise weitgehend aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung verdrängt und politisch demobilisiert. In dieser gesellschaftlichen Konstellation erstarbt die AfD mit einem relevanten neofaschistischen Flügel weiter, Unzufriedenheit wird in rassistische und nationalistische Diskurse gelenkt.

Die Wut und Empörung über rechte Remigrationspläne hat in den letzten Wochen zu einer massiven gesellschaftlichen Gegenmobilisierung geführt. Eine fortschrittliche Alternative zur Ampel-Politik ist aber kaum erkennbar. Die sogenannte Brandmauer erodiert, im rechts-konservativen Lager finden entsprechende Vorbereitungen und Umgruppierungen statt.

An welchem Punkt gesellschaftlicher Entwicklung stehen wir? Droht eine dauerhafte politische Krise, eine autoritäre Transformation oder gar eine Dynamik der Faschisierung?

Ich möchte hier keine umfassende Analyse vorlegen, denn zu den Ursachen der Entwicklung der radialen Rechten wurde schon viel gesagt und geschrieben. Sie sind nicht unbekannt. Ich möchte daher nur kurz einige Facetten rekapitulieren, um dann, an meine Thesen vom letzten Jahr anschließend (Candeias 2023b), die Hauptthese dieses Beitrags zu begründen, denn zu fragen ist: Warum gerade jetzt? Welches sind die spezifischen Bedingungen, die dieser Tendenz heute soziale Bedeutung und historische Wirksamkeit verleihen? Gewachsen in der organischen Krise des Neoliberalismus, gestärkt in den Wirren des Interregnums, zeigt sich die Bedeutung insbesondere in der Organisation einer Blockade des Übergangs zu einer grün-kapitalistischen Modernisierung (Becker 2023 u. 2024). Die These ist: Faschisierung ist ein Phänomen des misslingenden Übergangs zu einer neuen Periode kapitalistischer Entwicklung nach dem Interregnum.

⁴⁹ Kippunkte sind hier analog zur Verwendung in der klimatologischen Forschung zu verstehen, allerdings nicht im naturwissenschaftlichen Sinn einer dauerhaften Unumkehrbarkeit, aber schon im Sinne einer Unumkehrbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen in der mittleren Frist – als Übergang zu einer neuen Entwicklungsperiode –, die die Bedingungen etwa für linke und progressive Entwicklung entscheidend einschränken.

Die Entwicklung auf den Begriff bringen

Die Begriffe radikale Rechte, »Rechtsextremismus«, Populismus, Autoritarismus und Menschenfeindlichkeit sind ungenau oder betreffen nur Teilelemente der Entwicklung. Denn längst geht es nicht mehr nur um die radikale Rechte und ihre populistischen Methoden, sondern um eine Tendenz, die die gesamte Gesellschaft nach rechts bewegt, Menschenfeindlichkeit und Kritik an Demokratie und Parlamentarismus verallgemeinert. Wir erleben eine neue Qualität der Entwicklung.

Denn es geht nicht mehr nur um die gewöhnliche Ablösung »einer bürgerlichen Regierung durch eine andere«, sondern um den Wechsel von einer mehr oder weniger funktionierenden Demokratie mit sozialen und Freiheitsrechten hin zu einer Entdemokratisierung, Entgarantierung und alltäglicher Entzivilisierung auf einem qualitativ neuen Niveau (gewissermaßen die neoliberale Postdemokratie übertreffend und vollendend), hin zur Zerstörung des Anspruchs auf solidarische und demokratische Lebensweisen. Es handelt sich um einen qualitativen Funktionswandel kapitalistischer Regierungsformen, auf den Georgi Dimitroff bereits 1935 hinwies (1935, 527). Schon im Neoliberalismus war es nicht gleichgültig, welcher Teil der »neoliberalen Einheitspartei« (Bourdieu) regiert. Noch viel weniger gleichgültig ist es, wer in der gegenwärtigen Konjunktur einer reaktionären Transformation der bürgerlichen demokratischen Institutionen regiert. Es geht daher um die Benennung dieses qualitativen Sprungs, darum, auszusprechen, womit wir es zu tun haben: einem Prozess der Faszisierung.

Aber ist die »Epoche des Faschismus« (Nolte) nicht endgültig vorbei, Faschismus also ein historischer Begriff? Selbstverständlich, denn Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Doch Faschismus bzw. die ihn prägenden ideologischen Elemente und Versatzstücke sind nicht einfach eine historisch bestimmte Form, sozusagen eine einmalige Epoche. Die Ideologeme dienen als Rohmaterial für eine je spezifisch konkrete (nicht-beliebige) Artikulation. Schon damals entwickelten sich sehr unterschiedliche Faschismen, je nach der spezifischen Kräftekonstellation, Traditionen, Konfliktlinien in einem Land, eng verknüpft mit dem Grad kapitalistischer Entwicklung, dem Rang in der internationalen Arbeitsteilung etc. Insofern ist die jeweilige Ausprägung mit ihren »Ursachen und Eigentümlichkeiten« räumlich wie zeitlich in Beziehung zu setzen zu den spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen, Entwicklungsperioden und Transformationen des Kapitalismus.⁵⁰

50 »Bei allen Verschiedenheiten der Faschismus-Varianten bildet bereits ihre Gemeinsamkeit als reaktionäres Massenregime gegen Sozialismus und Demokratie eine solide Grundlage für einen allgemeinen Faschismusbegriff«, so Jan Rehmann (2023, 2323; mit Verweis auf Palmiro Togliatti, 1934, 8–16, vgl. auch Häusler/Fehrenschild 2020), mit dem »Nazismus« als spezifisch deutscher Extremform (Rehmann 2023). Statt mehr oder minder festgefügtter Definitionen eines Faschismusbegriffs geht es bei der Faszisierung

Aber es geht mir in diesem Beitrag gar nicht um Faschismus (vgl. Opratko 2023a), sondern um einen Prozess der Faschisierung, der molekularen Ausbreitung typischer ideologischer Elemente in zunehmend kohärenterer und geschichtlicher – also gesellschaftlich wirksamer – Form, ohne dass wir gleich von einem ausgewachsenen Faschismus sprechen können. »Das Changieren zwischen einem Gerade-Noch demokratischer Regelung« bzw. demokratischer gesellschaftlicher Umgangsformen und »dem Noch-Nicht faschistischer Politik macht gerade die Spezifik« einer Situation der Faschisierung aus (Weber 1999, 146).

Die Frage ist weniger, ob es sich [...] »noch« um Rechtspopulismus oder »schon« um (Neo-)Faschismus oder Proto-Faschismus handelt, sondern vielmehr, ob sich [...] gegenwärtig eine Faschisierung beobachten lässt. Der Vorteil des Begriffs der »Faschisierung« liegt darin, dass er die Aufmerksamkeit auf Prozesse und Dynamiken innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft richtet. (Rehmann 2020)

Als »ungehörige Geschwister des Neoliberalismus« (Candeias 2015, 55) kamen in verschiedenen europäischen Ländern schon seit den späten 1990er Jahren erfolgreiche neofaschistische und neurechte Parteien auf (Candeias 2004, 337ff.). Vor allem Letztere verbanden rechtspopulistische Forderungen mit wirtschaftlichem Liberalismus und einem modernen Erscheinungsbild. So hoben sie sich von der traditionellen radikalen Rechten ab.

Doch in einer Situation, in der der Neoliberalismus seine Hegemonie verloren hat (wenn seine Vertreter auch versuchen, seine Dominanz hart zu verteidigen; vgl. Candeias 2009, 7ff.), gewinnt die radikale Rechte zunehmend an Bedeutung und Wirksamkeit – und sie radikalisiert sich weiter: eine Verschiebung also vom autoritären Neoliberalismus über den autoritären Rechtspopulismus hin zu einer grassierenden Faschisierung, die größere Teile der Gesellschaft erfasst.

Facetten der Faschisierung

Weshalb sind in dieser Entwicklung Elemente der Faschisierung zu erkennen? Nun, weil es im Zuge einer dramatischen Zunahme nicht nur von ökonomischer Ungleichheit zu einer Ausbreitung reaktionärer Form der »Resentimentbewirtschaftung« (Nachtwey) kommt und immer stärker Respektabilitätsgrenzen gezogen werden, vor allem von oben (vgl. Candeias 2018, 36f.). Die vom Abstieg bedrohte Mitte grenzt sich gegen die weiter unten ab; die etablierte bürgerliche Klasse produziert populäre Bilder (siehe z. B. Sarrazin), die eine autoritäre Erziehung der Erwerbslosen, Migrant:innen und anderer subalternen Gruppen legitimieren sollen. Konservative wie Paul Nolte (2001

um eine spezifische Artikulation ideologischer Elemente, die mehr und mehr Wirksamkeit entfaltet, indem sie intersubjektiv konsolidierte Erfahrung und Wissen zersetzt, dabei das Denken und Fühlen selbst herrschaftlich transformiert.

u. 2008) scheuten sich schon vor Jahren nicht, die verschärfte Polarisierung von Einkommen, Macht, Bildung und Konsumweisen als Neukonturierung der Klassengesellschaft zu bezeichnen. Angewidert von dem von ihm selbst entworfenen Bild der »gefährlichen Klassen« plädierte er sogar für mehr Klassenbewusstsein der bürgerlichen Klasse gegenüber den Unterklassen. Teile der »bedrohten Mitte«, aber auch dem Prekariat Zugehörige machen sich diese von oben gezogenen Respektabilitätsgrenzen zu eigen und richten sie gegen sich selbst (Versagens- und Schuldgefühle bis hin zum Selbsthass) und andere (Aufwertung der eigenen Position durch Abwertung anderer). Klassismus, Rassismus und Sexismus sind die gesellschaftlich wirksamsten Formen der Konstruktion von Ungleichwertigkeit und produzieren eine Form ideologischer und sozialer Kompensation für die Unterordnung im Alltag.

Die radikale Rechte hat dies in ihrem strategischen Populismus genutzt, im Sinne des Aufgreifens und Verstärkens einer jeweils spezifischen Kombination von antiliberalen, antimuslimischen, antifeministischen, homophoben, antiökologischen und gegen weitere Minderheiten gerichteten (der »umgekehrte Regenbogen«, wie es in Brasilien hieß) – auch explizit rassistischen – Positionen. Sie ermöglichten es der autoritären und radikalen Rechten, entgegen ihrer Klassenzusammensetzung auch Missstimmung »von unten« in populäre Zustimmung zu verwandeln (vgl. Hall 1982, 114; ausführlich Candeias 2018, 43ff.). Generell geht es um gruppenbezogene Abwertung – bis hin zur (erst diskursiven und dann realen) Entrechtung. Je erfolgreicher sie dabei sind, desto häufiger werden solche Positionen von anderen übernommen, auch von etablierten Parteien, erst rechts der Mitte, aber (mit Abstufungen) auch bis hinein in die gegenwärtige Regierungskoalition. Facetten dieser Praxis sind:

1. *Gegen »das Andere«*: Dazu bedarf es immer wieder der Produktion des »Anderen«. Es geht dabei immer um eine spezifische Verbindung von neuen Formen des Klassismus, Rassismus und Sexismus, gegen »Faule« und Arme, »die gefährlichen Klassen«, »Asylanten und Ausländer«, »den Islam«, »Genderwahn« etc. Als wollte die chauvinistische Rechte noch einmal bestätigen, wie bedeutsam ein Verständnis von *Class, Race und Gender* ist. Insbesondere Antifeminismus, Transfeindlichkeit und toxische Männlichkeit spielen angesichts der mühsam errungenen Fortschritte von Bewegungen eine größere Rolle als im historischen Faschismus.

Für die Identifikation wird ein ganzes Arsenal an Monstern eingesetzt, um Zustimmung zu generieren: Die positive Anrufung einer jeweils spezifischen Kombination folgender Ideologeme konstituiert jeweils unterschiedliche Facetten eines politischen Projekts: Nationalismus, Volk (in der völkischen, weniger der populären Form) und/oder Rasse, traditionelle Familie, auch Religion, traditionelle Formen der Identität, aber auch der Arbeit und Leistungsorientierung, von Männlichkeit und Weiblichkeit, Pflicht und

Ordnung, oder Ideale der (negativen) Freiheit, des Naturverhältnisses – und vor allem der retronormativen »Normalität«: »Deutschland, aber normal« – der Slogan, mit dem die AfD 2021 zu den Bundestagswahlen antrat.

Eine Strategie, »die entlang rassistischer, nationalistischer, religiöser, sexistischer oder naturaubeuterischer Linien spaltet und mobilisiert, den bizarren Alltagsverstand reproduziert und die Subjekte neurotisiert« (Demirović 2018, 34). Entfaltet wird »eine wahnhafte Weltsicht, die aber Sinn stiftet. Sie bietet den Menschen Wärme, Zugehörigkeit und zur Kameradschaft deformierte Solidarität« (Negt 1987, 69). Dreh- und Angelpunkt ist ein »Opfersein« gegenüber Kräften, »die man nicht kontrollieren kann, und gegenüber Menschen, die angeblich unverdient im Vorteil sind – und die Auflehnung gegen all das« (Goes 2024).

Diese Art der Mobilisierung ist mit einer Art imaginierten Handlungsfähigkeit der Subalternen verbunden. Sie operiert angesichts der verbreiteten Ohnmachtserfahrungen mit dem Versprechen einer Rückgewinnung der ›Kontrolle‹ über und der ›Sicherheit‹ vor der äußeren und inneren Bedrohung. Sind die verschiedenen Elemente einmal in dieser Weise artikuliert und verknüpft, ist es ungleich schwieriger, sie wieder zu lösen.

Der neue Autoritarismus kann so als Bemühen gelesen werden, »ein Bündnis von oben her mit Gruppen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse herzustellen, ohne dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse machen müsste. Er funktioniert wie eine Art Kurzschluss zwischen Kräften der Bourgeoisie und den Subalternen« (Demirović 2018, 34).

Dabei gelingt es der autoritären und radikalen Rechten, Diskurse wirksam auf den Kopf zu stellen. So bringt sie mit Macht die soziale Frage zurück auf die politische Agenda, als »exklusive Solidarität« (Dörre) nur für Deutsche, greift dabei aber gezielt Gewerkschaften (kollektive Rechte) und soziale/Arbeitsrechte an. Beim Kampf gegen den sogenannten »Heizungshammer« von Minister Habeck stilisierten sich die – erneut gesellschaftlich sehr breiten – Gegenkräfte als Verteidiger der »kleinen Leute«, obwohl nur die wenigsten Hausbesitzer Menschen mit geringen und mittleren Einkommen sind oder Eigentümer:innen überhaupt gezwungen gewesen wären, ihre Heizung auszutauschen. Oder sie konstruiert einen umgekehrten Regenbogen: gegen Lila, Rosa, Grün und Bunt – als Widerstand gegen die »moralisierende Umerziehung« durch die 68er, die ja real viele der Machtpositionen in Politik, Erziehungswesen, Medien, Universitäten, NGOs eingenommen haben. Sie zielt dabei auf Spaltung der Subalternen, restriktive Handlungsfähigkeit für einzelne Gruppen von Subalternen und ihre »reaktionäre Selbstermächtigung« (vgl. Candeias 2018, 48, mehr dazu unten). Dabei nutzt sie virtuos die Sozialen Medien. Wie keine andere Partei weiß sich die AfD etwa auf TikTok zu bewegen. Nicht ganz von ungefähr ist sie bei Jung- und Erstwähler:innen noch etwas beliebter als im Durchschnitt der restlichen Gesellschaft. Die Faschisierung ist also kein Phänomen der eher älteren Generationen, sondern eines mit »Zukunftspotenzial«.

Der Angriff von rechts richtet sich meist auch gegen eine vermeintliche linke, liberale »Elite«, »verkommene 68er« etc. Eng damit verbunden ist der Kampf gegen »Political Correctness« als Relativierung der Wahrheit. Dabei werden auch Fake-News und Verschwörungstheorien eingesetzt; es gebe eben ganz viele Wahrheiten, inkl. einer Vielzahl selbsttätig gemachter »do it yourself«-Ideologien (PIT 1980, 39). Deshalb sei der demokratische Anspruch des Ringens um die Wahrheit abzulehnen. Daher der Kampf gegen die Presse(freiheit), gegen die Aufklärung und Wissenschaft(sfreiheit) – aber auch gegen eine unabhängige Justiz als Ausdruck einer kodifizierten Form von Wahrheitssätzen. Häufig ist dies verbunden mit einem groben Geschichtsrevisionismus. Ergebnis ist – mit gezielt inszenierten »Tabubröchen« im Sinne von »Wird man doch mal sagen dürfen« – eine Erweiterung des Raums des Sagbaren. Auch das eine mittlerweile breite Praxis. Die autoritäre und radikale Rechte hegt dabei eine offene Gegnerschaft zu Parlamentarismus und Parteien, verunglimpft demokratische Verfahren und nutzt das Parlament nur (voller Missachtung) als Bühne. Der Anspruch führt jedoch weiter, richtet sich gegen eine demokratische und solidarische Lebensweise auch im Alltag – denn die Erweiterung des Sagbaren führt unmittelbar zur Erweiterung des Raums des Handelns, von Hassäußerungen auf Social Media und im Alltag bis hin zu Gewalttaten (von »unten«) und schließlich – dort, wo solche Kräfte an die Macht gelangen – zu offener Repression (von »oben«).

2. *Reaktionäre Selbstermächtigung*: »Take back control« – die Rückgewinnung der Kontrolle ist, wie gesagt, gewissermaßen das Versprechen einer radikal rechten Agenda. Verbunden mit der Aktivierung des Ressentiments, von Begeisterung, auch Fanatismus, kommt es zu einer Art (zunehmend massenhafter) reaktionärer Selbstermächtigung, in der ein verbreiteter Fatalismus sich übersetzen und das Aggressionspotenz sich entladen kann (zu den Ursachen der dahinterstehenden Verunsicherung, des Fatalismus und der Wut vgl. Candeias 2018, 35–40) – »Selbstentfremdung« wird als »begeisterte Selbsttätigkeit organisiert« (PIT 1980/2007, 107). Wie gesagt, kann diese Handlungsermächtigung (vgl. Franz Neumann) vom Sprechakt bis zur Gewalt reichen. Gewalt gegen Geflüchtete und Unterkünfte haben erneut zugenommen,⁵¹ ebenso Angriffe auf linke Abgeordnetenbüros etc. Nicht zuletzt gab es im Jahr 2023 445 Fälle von Gewalt gegen Obdachlose, bis hin zu Mord (*nd* v. 17.4.2024, S. 8).⁵² Gewalt folgt der Normalisierung von Menschenfeindlichkeit.

51 [amnesty.de/informieren/amnesty-journal/deutschland-angriffe-auf-gefluechtete-nehmen-zu](https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/deutschland-angriffe-auf-gefluechtete-nehmen-zu). Im ersten Halbjahr 2024 hat die Polizei deutschlandweit 519 Übergriffe auf Geflüchtete registriert, darunter sechs Kinder, die Dunkelziffer dürfte um einiges höher sein. Im gesamten Jahr 2023 waren es 2450 Übergriffe. Dies ergab eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Gruppe Die Linke im Bundestag (*taz* v. 12.8.2024, 6).

52 Vgl. auch »Alarmstufe Rechts«, in: *Luxemburg*, H. 2, 2020, 18–19, zeitschrift-luxemburg.de/ausgaben/gegenhalten.

Die AfD geht voran: »Schläge, Drohungen, Waffenbesitz« – eine CORRECTIV-Recherche zeigt, die Partei duldet auf allen Ebenen Mandatsträger (meist Männer), die mit »körperlicher, verbaler oder indirekter Gewalt aufgefallen sind – viele trotz Verurteilung. Darunter sind mehrere Landtags- und Bundestagsabgeordnete.«⁵³

Eine rechte kulturelle Hegemonie in Teilen der Republik macht es engagierten Menschen schwer, den fortgesetzten verbalen Attacken und manifesten Drohungen überhaupt standzuhalten. Der Fall der Lehrer an einer Schule in Burg, die rechte Vorfälle öffentlich machten und später die Schule und den Ort verlassen, ist kein Einzelfall mehr. Bürgermeister legen ihr Amt nieder, Pfleger:innen ihren Job, Student:innen ziehen weg. Dass ein Lehrer in Cottbus zwei 12-jährige Schüler mit Migrationshintergrund schlägt, mag noch ein für die Schüler traumatischer Einzelfall sein – dass eine Schulbehörde Unwillens ist, in diesem Fall zu handeln, ist besorgniserregend.

Insgesamt nimmt die alltägliche Aggression zu: von der Ignoranz gegenüber dem Leid anderer, geflüchteter oder armer Menschen, der Unfähigkeit, eine andere Meinung oder die öffentliche Präsenz von queeren Menschen und POCs zu ertragen, über die Rücksichtslosigkeit im Verkehr bis zur alltäglichen Gewalt gegen Frauen, Geflüchtete, Queers und andere. Gewalt gegen Abgeordnetenbüros, Antifa, Journalist:innen oder Politiker:innen sind fast schon an der Tagesordnung. Die Grenze von der Sachbeschädigung zur Gewalt gegen Personen wird immer häufiger überschritten. Rechte und rassistische Gewalt beschränkt sich längst nicht mehr auf eng umrissene organisierte und militante rechte Gruppen – die Gewalt wurde mehr und mehr enttabuisiert und in die Gesellschaft getragen.⁵⁴ Hier droht der Übergang zu einer offen gewaltförmigen und faschistischen Kultur.⁵⁵ Rechte Entwürfe von Männlichkeit befördern den »Exzess der Affekte« (Sauer 2023, 78). Zugleich gab und gibt es viel zu lange schon eine »staatliche Tolerierung der Gewalt von rechts« durch Sicherheitsbehörden und Justiz bzw. sogar eine in Teilen »Durchdringung des Staatsapparates mit demokratiefeindlichen Kräften« (Wiegel 2020, 51).⁵⁶

53 correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/04/05/gewalt-als-alternative-14-verurteilte-afd-mandatstraeger-im-amt.

54 Allerdings lassen die »konkreten Vorbereitungen auf einen ›Bürgerkrieg‹« innerhalb der organisierten Rechten »jedoch eine neue Qualität erkennen« (Wiegel 2020, 54), unter Beteiligung der rechten Netzwerke in Polizei und Sicherheitsbehörden.

55 Nicht umsonst kommt die Selbstbezeichnung *fascismo* von den »herrschaftlich strukturierte[n] ›Kampfbünde[n]‹ (ital. *fasci*) [...], abgeleitet vom antiken römischen Herrschaftssymbol des Rutenbündels (lat. *fasces*) mit dem Beil als Symbol der Todesstrafe, die vom Träger angeordnet werden konnte« (Rehmann 2023, 2312).

56 »Die Bundesrepublik ist nicht Weimar, und doch« markiert »die Geschichte der Bundesrepublik [...] eine Blutspur der extremen Rechten« (Wiegel 2020, 52). Erst mit der Selbstenttarnung des NSU rücken die 208 Todesopfer rechter Gewalt (Stand 2020, vgl. *Luxemburg*, H. 2, 19) diese Bedrohung wie auch den »Staat und sein Handeln – oder vielmehr Nichthandeln – stärker in den Fokus der Öffentlichkeit« (Wiegel 2020, 52).

Eines der häufig geäußerten Argumente gegen die Verwendung des Begriffs Faschisierung, der wiederum dann nicht von Faschismus unterschieden wird, ist, dass Letzterer eine Massenbasis bzw. Massenorganisationen voraussetzt. Wenn wir von gesellschaftlich weitverbreiteten Einstellungen der »Menschenfeindlichkeit« (Heitmeyer) ausgehen, Zustimmungswerten für die AfD von bis zu einem Drittel bei Wahlumfragen sowie eben einer durchaus massenhaften Praxis, Ressentiments nicht nur als Einstellung zu haben, sondern offen zu vertreten, auszuleben, eben auch in Handeln zu übersetzen, dann lässt sich daraus schließen: Eine Massenbasis ist durchaus vorhanden.

Zum anderen gab es in der Geschichte Faschismen, die weniger einer Art auf Massen gestütztem, reaktionärem Cäsarismus entsprachen (Gramsci für Italien, *Gefängnishefte*, Bd. 7, 1592) als vielmehr einem Bonapartismus (Marx im 18. *Brumaire*, MEW 8, für Frankreich) mit einer »Verselbständigung der Exekutivgewalt« (Thalheimer 1930, 28) unter Ausschaltung der Parlamente, die die Massen nur anruft, sich auf sie beruft, sie aber passiviert, mit diktatorischer Gewalt. Die faschistischen Regime in Spanien, Portugal oder Griechenland stützten sich entsprechend v. a. auf die Militärgewalt (teilw. den Klerus) und weniger auf die falangistische Bewegung (vgl. Poulantzas 1977). Letzteres galt vor allem für jene Länder, in denen es eben nicht um Faschismus als kapitalistische Modernisierung ging, sondern um Verhinderung einer – von der Arbeiter- und teilweise der Bauernbewegung getragenen – Modernisierung. Einmal »Staat geworden«, ging es vielmehr um die Demobilisierung der Arbeiter:innenbewegungen.

3. *Klassenhass*: Damit sind wir beim kapitalistischen Credo der Faschisierung angekommen: »Akkumuliert, akkumuliert!«, gilt auch in diesem Zusammenhang. Gezielt wird gegen alle oppositionellen und emanzipatorischen Kräfte vorgegangen, dabei immer gegen den »Kollektivismus« und »Liberalismus«, also gegen kollektive wie individuelle soziale Rechte. Dies richtet sich insbesondere gegen Gewerkschaften und Arbeitsrechte zwecks Verschiebung der Kräfteverhältnisse von Kapital und Arbeit sowie gegen die Commons, gegen das Öffentliche, v. a. im globalen Süden auch gegen gemeinschaftliche Landrechte – zwecks Enteignung gesellschaftlicher Ressourcen. Minderheitenrechte, Frauenrechte, Gewerkschaftsrechte werden von der autoritären und radikalen Rechten als Erste angegriffen.

Der Angriff auf Gewerkschafts- und Arbeitsrechte ist dabei auch international eine sich durchziehende politökonomische Komponente der autoritären und radikalen Rechten, quer zu ihren sonstigen Differenzierungen (Ausnahme evtl. Polen). Insgesamt geht es um die Beseitigung der Hindernisse für Kapitalakkumulation in ihrer schärfsten Form (von Xtreme Energy und verschärfter Ökonomie der Enteignung über Rieseninfrastrukturen bis hin zur klassischen Erhöhung der Ausbeutungsraten und Auspressung aller gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen). Es beginnt hierzulande beim verbreiteten *Union Busting* in vielen Betrieben des Mittelstands oder

bei Tesla, Amazon etc. und geht aktuell weiter mit Forderungen nach Einschränkung der Streikrechte im Bereich der »kritischen Infrastrukturen« oder wenn jenseits der direkten Kontrahenten stärker auch Dritte betroffen sind – ein Angriff auf die ohnehin geschwächte Kampffähigkeit der Gewerkschaften, der rechts der Mitte und medial viel Zustimmung erfährt. In der syndikalistischen Variante zeigt sich die Faschisierung in der zunehmend »exklusiven Solidarität« von Beschäftigten, die nur noch für die engsten Kernbelegschaften gilt, Menschen mit Migrationshintergrund allenfalls noch als einzelne »gute Ausländer« toleriert – ein Phänomen nicht nur in den Reihen der AfD-nahen Betriebslisten, sondern auch in denen der offiziellen Gewerkschaften. Doch die gesellschaftliche Konfliktachse zwischen Kapital und Arbeit verspricht nur noch wenig Erfolg, immer weniger Menschen engagieren sich in Gewerkschaften – zugleich verbreitet sich ein »unten« als Volk gegen die sogenannten Eliten »oben« sowie die Konkurrenz von »außen« und »unten«.

Der Klassenhass (Balibar) trifft als Erste jene, die zur Verwertung nichts beitragen (können), die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger:innen – eine breite Phalanx von Kräften polemisiert immer wieder gegen Bürgergeldempfänger:innen und ihre spärlichen Rechte. Es beginnt bei der Forderung, vermeintlich »arbeitsunwillige« junge Erwachsene härter zu sanktionieren, und endet wie in Italien bei der praktischen Abschaffung der Sozialhilfe durch die Regierung Meloni. Der sozialdarwinistischen Faschisierung des Subjekts (Haug 1986) wurde lange durch bürgerliche »Normalisierungsmächte« vorgearbeitet (70), vom neoliberalen Workfare eines »Fordern statt Fördern« über mediale Kampagnen gegen Sozialhilfebezieher (bspw. »Florida-Rolf« in der BILD) bis zu den kalt-abstoßenden Verhaltensratschlägen eines Thilo Sarrazin – eine »kumulative Radikalisierung« (Theodor Mommsen, zit. n. Rehmann 2023, 2322), die sich auf alle Leistungsbezieher:innen (»Takers«) von innen wie von außen bezieht, Arme wie Geflüchtete.

Post-Interregnum: Konfrontation zweier gesellschaftlicher Projekte

Das Interregnum zeichnet sich mit Gramsci klassischerweise aus durch eine Situation, in der »das Alte stirbt, aber das Neue nicht geboren werden kann« (*Gefängnishefte*, Bd. 1, 354f). Neoliberale Mächte und Strukturen dominierten seit der großen Krise 2007–09 weiterhin das Feld, doch sie verloren den aktiven Konsens der Beherrschten, zunehmend autoritäre Maßnahmen ersetzten Mittel der Führung und Überzeugung. Und auch ein Projekt für einen neuen Akkumulationsschub innerhalb der neoliberalen Logik ging verloren: Die Notwendigkeit aktiver Staatsintervention kollidierte mit der neoliberalen Austeritätspolitik. Spätestens ab 2011 öffnete sich ein Raum für eine Vielfalt unterschiedlichster gesellschaftlicher Projekte: linke Aufbrüche mit den Bewegungen der »Empörten«, Generalstreiks in Europa, die Gründung neuer und vielversprechender linker Parteien, die Revitalisie-

rung einer linken Sozialdemokratie mit den Bewegungen um Sanders und Corbyn, aber natürlich auch die Verbreitung radikal rechter Projekte. Ein neuer Bewegungszyklus war angebrochen, der dann auch zu den großen Klimaprotesten führte. Vor diesem Hintergrund konnte sich keine Partei mit Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung mehr leisten, auf ein Programm zur ökologischen Modernisierung zu verzichten. War das Projekt eines grünen Kapitalismus nach 2009 noch blockiert (Candeias 2012), obwohl es als einziges einen durchsetzbaren, auch ökonomischen Ausweg aus der Krise bot, so konnte es zehn Jahre später beanspruchen, die Richtung zu weisen und zum »Staat zu werden«. Ulrich Brand und Markus Wissen nennen das »Dekarbonisierung als Staatsprojekt«.⁵⁷

Die alten konservativen Kräfte hatten allein wenig dageganzusetzen. Der radikalen Rechten hingegen gelang es nach dem Scheitern der linken Aufbrüche an den stabilen Mauern der (europäischen) Institutionen, sich als einziger oppositioneller Gegenpol zu präsentieren, mit Wucht im Moment des Aufstiegs des grün-kapitalistischen Projekts im Staat. Der Übergang zu einem grün-kapitalistischen Projekt ist dabei kein gewöhnlicher Übergang zwischen verschiedenen Entwicklungsperioden des Kapitalismus (vgl. Candeias 2004). Er rührt vielmehr an den Grundlagen einer über mehrere Perioden des Kapitalismus tief eingeschriebenen fossilistischen Produktions- und Lebensweise. Daher entfesselt er auch so viele Gegenkräfte, Affekte und solchen Furor.

Zwischen diesen beiden Polen der Konstellation ist wenig Raum für anderes. Wenn ein Selbstzitat erlaubt ist: »Wir leben in keiner offenen gesellschaftlichen Situation mehr. Die Entwicklungspfade sind umkämpft, aber viele Alternativen bereits verunmöglicht und Wege verschlossen.« (Candeias 2023b, These 1) Es kommt zur Konkurrenz eines liberal-imperialen grünen Kapitalismus mit Projekten der Faschisierung.

Zu Gramscis Zeiten bildete sich eine ähnliche Konstellation konkurrierender Projekte heraus, mit dem »Amerikanismus« auf fordistischer Grundlage, dem »nachholenden« Fordismus in den faschistischen Ländern Europas sowie dem »halbierten« Fordismus der Sowjetunion (und des späteren Realsozialismus). Diese dritte – wenn auch damals unzureichende – Alternative fehlt uns gegenwärtig, dabei ist sie für ein Überleben so bitter nötig. Nicht auszudenken, in welche Situation uns eine Konfrontation zwischen der drohenden Staatswerdung eines radikalisierten Faschisierungsprojekts unter Trump und China, dem (durchaus autoritären) Vorreiter grün-kapitalistischer Entwicklung, im atomaren Zeitalter bringen würde.

57 So bei der Vorstellung ihres Buches *Kapitalismus am Limit* am 18.4.2024 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Allerdings: »Unter der Bedingung kapitalistischen Wachstums bedeuten Strategien der Dekarbonisierung keine Reduktion des Rohstoffverbrauchs.« (Brand/Wissen 2024, 169)

Krise der Regierbarkeit und moralische Paniken

Dabei kommt es zur »Konvergenz eines radikalisierten Konservatismus mit der radikalen Rechten und [zu] einer aggressiven Verteidigung der fossilistischen Lebensweise, die harte Kulturkämpfe auf allen Ebenen einschließt. Repräsentiert wird diese Allianz durch wechselnde Führungsfiguren wie Trump, Bolsonaro, Duterte, Modi, Meloni, Núñez Feijóo und andere. In Deutschland war diese Tendenz zuletzt (wieder) an den heftigen Kämpfen um die Heizungswende zu erkennen. Innergesellschaftlich markieren diese nationalistischen, rechts-autoritären Projekte den Gegenspieler zu einem grün-liberalen Projekt der Modernisierung, zumindest in Europa und den USA sowie in Lateinamerika. Sie bergen ein großes Destruktionspotenzial. Es mangelt diesen Projekten jedoch – abgesehen von einer noch extremeren Ausbeutung von Mensch und Natur – an einer produktiven Perspektive: Die Aussichten auf Akkumulation jenseits eines *Extreme Fossilism* und die Möglichkeiten, Sozial- und Klimakrisen jenseits von Zwang zu moderieren, sind begrenzt.« (Candeias 2023b)

Auch die konservativen Parteien haben kein attraktives neues Projekt, welches eine »Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter« (Marx), die Bearbeitung der zentralen gesellschaftlichen Krisen und Widersprüche gewährleisten und einen aktiven gesellschaftlichen Konsens stiften könnte. Nach der Radikalisierung ihrer alten Agenda in einer Art »autoritärem Neoliberalismus« (Candeias 2004) anlässlich der Finanz- und Schuldenkrise 2009ff. haben sie keine Ideen und Impulse mehr für eine neue Politik. Schon unter Bundeskanzlerin Merkel ging es zuletzt nur noch um die Verwaltung der Krisen. Mit Friedrich Merz steht ein Vertreter eines überkommenen Neoliberalismus an der Spitze der CDU. Zukunft repräsentiert sie nicht.

So erging es vielen konservativen Parteien. In dieses »ideologische« Vakuum stießen politische Unternehmer, angefangen bei Berlusconi, der mit seiner Forza Italia die politische Landschaft im Land veränderte. Später nahmen Figuren wie Trump in den USA oder Kurz in Österreich sich dies zum Vorbild, entkernten die alten Parteien von innen, ließen nur die Hülle übrig und füllten die Lücke mit einem neuen Personenkult und der Übernahme der radikal rechten Agenda auf. Andernorts wurden die konservativen Parteien zwischen einem liberalen Populismus à la Macron und der radikalen Rechten wie dem Front/Rassemblement National zerrieben. Aus dieser Krise versucht der Konservatismus mit einem radikalen Populismus zu entkommen. Das gelingt nur so halb, weil die radikale Rechte da meist konsequenter ist und weil die Konservativen zugleich ihren Status als Volkspartei und als Vertreter der wichtigsten Kapitalfraktionen nicht gefährden dürfen.

Das Seltsame ist dabei, dass diese Vertreter der alten, konservativen Staatsparteien, also jener Parteien, die geradezu das Establishment der herrschenden Klasse repräsentierten, nun selbst die Anti-Establishment-Rhetorik der radikalen Rechten bedienen, sich stets als Opfer gerieren, als Verteidiger der

»kleinen Leute«, von denen sie nicht weiter entfernt sein könnten. Dahinter liegt der Frust über den Aufstieg des progressiven Neoliberalismus im herrschenden Machtblock und dessen Allianz mit einer neuen grün-kapitalistischen Fraktion, die sich anschickt, weitere Positionen im Machtblock zu besetzen, auf Kosten der Konservativen ohne Projekt. Letztere suchen ihr Heil in der Radikalisierung und Faschisierung, sie versuchen die radikale Rechte in ihren Forderungen noch zu übertrumpfen, mit der Verachtung von Recht mit Deportationsplänen nach dem britischen »Ruanda-Modell« der Torys, mit noch mehr Härte gegen Empfänger:innen von Sozialleistungen⁵⁸ und einem strafenden Staat, so bspw. die CDU in ihren jüngsten Entwürfen für ein neues Grundsatzprogramm, mit denen sie über die Forderungen der AfD noch hinausgeht (*nd* v. 4.5.2024, 6). »In historisch unruhigen Zeiten entstehen in konservativen Kreisen Faschisierungsdynamiken inner- und außerhalb des Parlaments« (Strobl 2021, 143). Eine gewisse Bereitschaft zur Faschisierung (in Anlehnung an Klaus Weber 2018, 13) als ein Versuch der »autoritären Stabilisierung« verstärkt sich (Brand/Wissen 2024, 36).

Die Faschisierung ist also ein Phänomen, in dem die Bourgeoisie unfähig erscheint, zu regieren und die (im kapitalistischen Sinne) notwendige Transformation zu organisieren, während der größte Teil der lohnabhängigen Klasse demobilisiert ist bzw. tarifliche Auseinandersetzungen und Streiks ein hoffnungsvolles, aber beschränktes Moment bleiben, eben keine Trendumkehr bewirken (weder mit Blick auf Reallohnzuwächse insgesamt noch mit Blick auf den allgemeinen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Beschäftigten). Fatalismus wird dabei zur negativen Kraft, zum Treibstoff der Faschisierung durch Erschöpfung und Demobilisierung solidarischer Teile der Bevölkerung und reaktionäre Selbstermächtigung und Entsolidarisierung anderer.

Gewissermaßen bilden sich zwei Formen der Persönlichkeit – eine dissoziierte und eine autoritäre – als wichtige »Sozialcharaktere« (Fromm) heraus, als über-individuelle, von der Gesellschaft massenhaft und regelmäßig erzeugte strukturelle Handlungsmuster aufgrund mangelnder Mechanismen zur Verarbeitung der gesellschaftlichen Zumutungen. Stress und Erschöpfung, Autoaggression und eben Fatalismus führen dann zu einer grassierenden politischen Schwäche der gesellschaftlichen Linken. Besonders Anhänger:innen der Linken (fast 60%) fühlen sich laut einer Studie der Beratungsagentur Aucturity (Guthier u.a. 2024) erschöpft. Das berühmte Hamsterrad wachsender Anforderungen und Zumutungen in der Arbeit, geforderter Flexibilität, wachsender Unsicherheiten, den alltäglichen Lebensunterhalt zu bestreiten, das verstärkte Gefühl, gegen den

58 So fordert die CDU etwa die Streichung des Regelsatzes beim Bürgergeld für Personen, die »zumutbare Arbeit« ablehnen, oder den Zwang zu gemeinnütziger Arbeit nach einem halben Jahr Bürgergeldbezug, die AfD erst nach einem Jahr. In der Tendenz schließt sich auch das BSW solchen Forderungen an – und setzt dabei gezielt auf gesellschaftliche Mehrheiten zum Thema bei diversen Umfragen.

Abstieg auf der gesellschaftlichen »Rolltreppe« (Nachtwey) anrennen zu müssen, gesundheitlich mitzuhalten, bei Entzug der notwendigen Mittel für eine vernünftige Reproduktion und Sorgearbeit sowie abnehmender Planbarkeit der Zukunft – all dies ist bekannt, die Diagnose der »erschöpften Gesellschaft« (Grünewald 2013) ist nicht neu, sie gilt v. a. in den Teilen der Arbeiter:innenklasse mit niedrigen Einkommen.

Neben die forcierte Leistungsgesellschaft tritt besonders aufseiten der gesellschaftlichen Linken eine Erschöpfung aufgrund der allgemeinen politischen Situation (bei fast 60 % der Befragten, so Guthier u. a. 2024, 34), das Gefühl, dass trotz oft hohem Einsatz nur wenig vorangeht, im Gegenteil die gesellschaftlichen Gegenkräfte zu stark sind, progressive Errungenschaften der Emanzipationsbewegungen (bspw. der Frauen- oder LGBTIQ*-Bewegung) wie der Arbeiter:innenbewegung sogar zurückgedrängt oder wieder zunichtegemacht werden. Das Gefühl, dass die Enkelin die Kämpfe ausfechten muss, die ihre Großmutter bereits gewonnen hatte, ist frustrierend. Währenddessen türmen sich die Sorgen um ungelöste Krisen auf, verstärken fatalistische Gefühle.

Aufseiten der radikalen Rechten sind kaum weniger Menschen (52,5 %, ebd.) erschöpft. Die Hintergründe der politisch bedingten Erschöpfung unterscheiden sich dabei allerdings deutlich. Während Wähler:innen der Linkspartei vor allem »fehlende Solidarität und Zusammenhalt« sehen (90,9 %), steht bei AfD-Wählenden »fehlendes Vertrauen in das System« an erster Stelle (83,4 %, ebd.).

Oft geht es um subjektiv erfahrene Ungerechtigkeit, der individuell nicht begegnet werden kann, was Ohnmachtsgefühle verstärkt. Grundlage der Verunsicherung ist die Infragestellung eines Bedürfnisses nach Orientierung und Sicherung der Existenz der gesellschaftlichen Individuen. Damit ist eine ganze Reihe von Konflikten gemeint: Konflikte um die Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktion und damit verbunden ein ausreichendes Einkommen, um gesellschaftliche Positionen durch sozialen Abstieg bzw. mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten, um soziale Rechte, Konflikte um Geschlechteridentitäten (vor allem bei Männern), um »kosmopolitische« vs. traditionelle Lebensweisen, um Einwanderung und damit verknüpfte Sicherheitsdiskurse, um die Reproduktion der nächsten Generation etc. Damit verbunden ist eine Krise traditioneller Ideologieelemente und Werte wie (Industrie-)Arbeit, Familie, Nation, Geschlecht, Naturverhältnisse im Zuge der Durchsetzung einer neuen transnationalen informationstechnologischen Produktions- und Lebensweise (Candeias 2004), ohne dass in der neoliberalen Periode eine neue Artikulation gesellschaftlicher Formen eine vergleichbare identitäre Sicherheit geboten hätte. Hinzu treten die Krise der männlichen Subjektivität, auch eine (weniger starke, aber bei traditioneller geprägten Frauen vorhandene) Krise der weiblichen Subjektivität, die Veränderung und Pluralisierung von Lebensweisen, die empfundene »Bedrohungen von außen« durch »Fremde« und durch Entdemokratisierung und

organisierte Verantwortungslosigkeit (ausführlich Candeias 2018, 37ff.). Die Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit (Candeias 2008) wurde im Interregnum und in der gegenwärtigen Transformation für einen Teil der Menschen nahezu unaushaltbar verdichtet zu einem Gefühl des (auch emotionalen) Kontrollverlusts. Die Subjekte sind transformationsmüde.⁵⁹

Die Faschisierung war bei Ernst Bloch Ausdruck »ungleichzeitiger Widersprüche«, die »objektiv« als Fortwirken älterer (teilweise anachronistischer) Produktions- und Lebensweisen,⁶⁰ »subjektiv« als »gestaute Wut« auftreten (vgl. Bloch 1935, 116f.), heute sozusagen gegen die Infragestellung des »normalen« Funktionierens der Welt. Die »Dinge passen nicht mehr zusammen« (Strobl 2021, 7), als wäre die Welt im doppelten Sinne ver-rückt (ge)worden. »Toleranzreserven« schwinden (Goes 2024), bei weitem nicht nur aufseiten der radikalen Rechten. Viele Entwicklungen entziehen sich dabei der Eindeutigkeit, erschüttern Gewissheiten, produzieren kaum aushaltbare Widersprüche.

Die komplexe Widerspruchsfrage geht mit einer »Sehnsucht nach klaren Gegensätzen und Parteinahmen« einher, sei es im Israel-Palästina-Konflikt, im Ukraine-Krieg, in der Migrationsfrage, in Bezug auf die Verwobenheit von sozialer und Klimafrage etc. – »doch die Verhältnisse, sie sind nicht so« (Demirović 2023), entziehen sich einfachen »Wahrheiten«. Manche, nein viele bringt das dazu, erst recht jede Frage als Ausdruck eines Gegensatzes zu betrachten, auch wenn es vielfach falsche Gegensätze sind. Die Gegenposition wird diskreditiert, Pluralität nicht mehr als Ringen um Wahrheit,

59 Transformationsmüdigkeit bedeutet nicht, dass Menschen keine Veränderung wollen. Sie resultiert vielmehr daraus, dass viele Veränderungen in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten zulasten der Menschen mit mittleren und unteren Einkommen gingen. Menschen wenden sich gegen die permanent wachsenden Anforderungen zur Anpassung, Flexibilität und Leistungssteigerung bei mangelnder Anerkennung und mangelndem Respekt. Schon im Neoliberalismus wurden »Reformen« verkehrt, die Förderung von »Beschäftigungsfähigkeit« via Hartz-IV verkam zu einer Art Fördern statt Fördern, sinnvolle Initiativen für Arbeitszeitverkürzung (etwa die 4-Tage-Woche bei VW) führten zu Arbeitsverdichtung und informellen Überstunden, der permanente Umbau in den Unternehmen fordert mehr Eigenverantwortung, während Personalabbau, Kontrollsysteme und Arbeitsintensivierung die Poren des Arbeitstages immer mehr verschlossen, bei gleichzeitiger Entsicherung (Candeias 2008). In jüngster Zeit führte die – vielfach erwünschte – ökologische Modernisierung in der Form, wie sie implementiert wurde, zu steigenden Energiepreisen und Lebenshaltungskosten sowie einem als erzwungen empfundenen Lebensstilwandel. Transformation, einst ein Begriff der positiven Veränderung, wird zu einem negativen Begriff der Zumutung.

60 Kapitalistische Entwicklung wälzt unterschiedliche Teile der Gesellschaft unterschiedlich tief und schnell um. Während sich neue Produktions- und Lebensweisen herausbilden und die gesellschaftliche Entwicklung vorgeben, bleiben andere bestehen, werden abgewertet und/oder kämpfen um ihre Fortexistenz. Daraus ergibt sich eben eine Ungleichzeitigkeit, ein Nebeneinander verschiedener Stufen gesellschaftlicher Entwicklung. Dies schlägt sich auch im Bewusstsein der verschiedenen Klassen und Gruppen nieder, was zu »Schieflagen« der Bearbeitung der Widersprüche führt, die quer zu den Klassen verlaufen.

sondern als Kampf sich gegenseitig ausschließender Wahrheiten begriffen. Debatten verhärten.

Viele können die Welt, so wie sie ist, nicht mehr lesen. Die herrschende Meinung ist fragwürdig geworden, wird selbst nicht mehr klar formuliert. In Krisen der Hegemonie verlieren auch die Apparate und Institutionen der Kommunikation und des Wissens ihre scheinbar natürliche Autorität. Und tatsächlich haben Medien und Wissenschaft während der neoliberalen Hegemonie diese kommunikativ und wissenschaftlich untermauert und verallgemeinert. Sie ziehen dafür den manchmal berechtigten, häufig übersteigerten Zorn auf sich, v. a. das öffentlich-rechtliche Fernsehen, aber auch die Wissenschaft an sich, etwa mit Blick auf die Gender- und Klimaforschung oder ihr Handeln in der Pandemie. Ihre Autorität wird in Frage gestellt, ihnen wird nicht mehr »geglaubt«, ihre symbolische Macht nicht mehr stillschweigend akzeptiert – vielmehr wird offen widersprochen. Da Argumente in einer solchen Situation immer häufiger ins Leere laufen, wird der Diskurs immer moralischer. Die (meinungs-)bildnerische und erzieherische Aufgabe dieser Hegemonieapparate wird dann teilweise gekontert mit der (gerade bei meinungsstarken Prominenten) abstrusen Aussage, man könne »nicht einmal mehr seine Meinung sagen«, nur weil andere progressive Kritiken sich im Rahmen des »progressiven Neoliberalismus« etwas mehr Gehör verschaffen konnten (v. a. das Gendern löst reaktionäre Affekte aus).⁶¹ Es etablieren sich vielfältige »Ablehnungskulturen« (Opratko 2023b), die sich wechselseitig stützen und für eine differenzierte Argumentation immer weniger zu erreichen sind.

Die Ungleichzeitigkeit der Widersprüche, die mit normalen Mitteln nicht »in den Griff zu bekommen« sind, bewirkt ein Auseinanderfallen von grundlegenden gesellschaftlichen Problemen und öffentlichen »Triggerpunkten«. Bei Letzteren handelt es sich um vermeintliche Banalitäten wie Gendersternchen, Frühstücksei (die Empfehlung, nur noch ein Ei pro Woche zu essen) oder die Einrichtung von Busspuren bzw. bizarre Geschichten über Geflüchtete, die nur kommen würden, um sich den Zahnersatz bezahlen zu lassen, während »Deutsche« keinen Termin bekämen, so Friedrich Merz.⁶²

61 Statt mehr oder minder festgefügtter Definitionen eines Faschismusbegriffs geht es bei der Faschisierung um eine spezifische Artikulation ideologischer Elemente, die mehr und mehr Wirksamkeit entfaltet, indem sie intersubjektiv konsolidierte Erfahrung und Wissen zersetzt, dabei das Denken und Fühlen selbst herrschaftlich transformiert. Hannah Arendt (1972) formuliert zugespitzt: »Das ständige Lügen zielt nicht darauf ab, die Menschen eine Lüge glauben zu machen, sondern sicherzustellen, dass niemand mehr etwas glaubt«, und die Unterscheidung von »Wahrheit und Lüge, von Recht und Unrecht« zu verwischen, Misstrauen und Verschwörungsdenken zu befördern und auf andere Gruppen zu projizieren. Des zusammenhängenden Denkens beraubt, damit auch der Fähigkeit, Dinge selbst beurteilen zu können, sind die Einzelnen umso stärker der Herrschaft der Lüge unterworfen.

62 www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/faktencheck-aeusserung-merz-gefluechtete-zahnarzt-leistungen-asylbewerber-100.html.

Das Verbot des Genderns an Schulen und öffentlichen Einrichtungen in Bayern, aber zuvor bereits in Sachsen (unter der CDU/SPD/Grünen-Regierung) zeigt erneut: Es ist nicht nur der rechte Rand, der sich so verhält und sich solche Politikformen zunutze zu machen versucht. Es handelt sich um einen Versuch von herrschender Seite, den realen Fragen der Zeit auszuweichen bzw. die Aufmerksamkeit davon wegzulenken – durchaus mit Erfolg.

Die Aufregung hat eine reale Auftreffstruktur. Mau u. a. (2023) fächern vier Diskursmuster auf: a) Das Gefühl ungleicher Behandlung, wenn bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder Minderheiten besondere Aufmerksamkeit oder vermeintliche Bevorteilung zuteilwird, während die Betroffenen selbst einen Mangel an Anerkennung (und Respekt) wahrnehmen, ihre eigene Position, Sprache oder Lebensweise als abgewertet erfahren (vgl. Candeias 2018, 38ff.), führt zur Abwehr von Ansprüchen anderer, insbesondere wenn es um vermeintliche oder reale Partikularinteressen geht. Besonders trifft dies auf Themen der Diversität und Integration zu, doch auch bei der aktuellen Kampagne gegen »zu hohes« Bürgergeld: Statt höherer Löhne für alle wird das Lohnabstandsgebot beim Bürgergeld eingefordert, »gewissermaßen die gleiche Härte für alle gefordert« (Mau u. a. 2023, 252). b) Ein zweites Muster betrifft Normalitätsverstöße gegen eine als immer brüchiger empfundene gesellschaftliche Ordnung und ihre Regeln durch »übersteigerte Abweichungen«, Aufmerksamkeit und Bedeutung (254) einzelner Gruppen und Individuen, die als »fremd« oder »anders« wahrgenommen werden. c) Eng damit verbunden sind Ängste vor Kontrollverlust auch bei kleinsten Veränderungen: ›Wo soll das hinführen‹, ›Wenn jeder das so macht‹, ›Das öffnet Tür und Tor für ...‹ – ist die Tür einmal geöffnet, folgen unkontrollierbare und ausufernde Anschlussprobleme. Veränderung soll, wenn überhaupt, »in bewältigbaren Schritten und begrenztem Tempo vorstattengehen« (261), um den Anschluss zu behalten (nicht ›überholt‹ zu werden) und die Norm aufrechtzuerhalten: Obergrenzen für Migration, nicht zu viel Emanzipation, nicht zu viele ›Sonderrechte‹ für Transpersonen, keine übereilten Klimamaßnahmen. Dahinter verbirgt sich keineswegs nur eine generelle Abwehr von Neuem, Andersartigem, Fremdem; es ist auch ein Symptom für ungleich verteilte Möglichkeiten, Einfluss auf die Entwicklungen und die eigenen Lebensbedingungen zu nehmen. d) Ein häufiges Muster ist schließlich die Abwehr einer empfundenen »Verhaltenszumutung« oder »gefühlten Bevormundung« durch partikuläre Gruppen ›oben‹ wie auch vom ›Rand‹ der Gesellschaft, verbunden mit der Vorstellung, beim eigenen Abwehrverhalten habe man »insgeheim« den gesunden Menschenverstand und Common Sense hinter sich (267; auch Candeias 2018, 38f.). Dabei kann es sich um eine gefühlte Impfpflicht, veränderte Ernährungsgewohnheiten, ökologische Sensibilitäten oder bestimmte Sprechweisen etc. handeln. Fast immer geht es nicht um reale Ge-/Verbote, sondern um veränderte gesellschaftliche Konventionen und Anforderungen. Bei Verstoß gegen diese neuen Umgangsformen drohe auch bei vermeintlichen Kleinigkeiten oder

Lappalien der als übertrieben wahrgenommene Vorwurf des Sexismus, des Rassismus, der Klimaleugnung, oder man werde in die rechte Ecke gestellt (269). Die Kränkung erfolgt dabei in einer Art empfundener Beschämung und Missbilligung durch andere, eben rechts oder von vorgestern oder, schlimmer noch, ein potenzieller Täter zu sein. Was gestern noch ›normal‹ war, gelte nun als ›unnormale‹, die eigenen Ansichten, Gewohnheiten, die eigene Sprechweise und Lebensführung als überkommen.

Hinter der medial gesteigerten Aufregung stehen reale Verunsicherungen (ausführlich Candeias 2018) und multiple Krisenerfahrungen, die sich zu einer »manchmal an Panik grenzenden« Unsicherheit verdichten (Balibar/Wallerstein 1990, 271). Dieser zur Normalität gewordene »emotionale Ausnahmezustand« (Strobl 2021, 7) oder gewissermaßen die Triggerpunkte dienen sozialpsychologisch als »Verdichtungszone« (Brückner 1982, 12) für die Entladung der Tiefenspannungen unverarbeiteter, als überkomplex erlebter gesellschaftlicher Widerspruchskonstellationen. In diesen Verdichtungszone wird die Welt wieder entzifferbar und klar, für einen kurzen Moment. Dabei »überwiegt die affektive gegenüber der kognitiven Komponente von Einstellungen« (Mau u. a. 2023, 247). Die Trigger sind Effekt der »Kompensation und/oder Verdrängung einer unlösbaren Spannung zwischen erkannten Problemen und der gesellschaftlich verstellten Möglichkeit, angemessen auf sie zu reagieren« (Jaeggi 2023, 223). Faschisierung tritt also auf als Phänomen des misslingenden Übergangs – von der multiplen Krise im und des Kapitalismus hin zu einer kohärenteren Form gesellschaftlicher Entwicklung. Dabei ist es gelungen, die Elitenkritik als Kritik an der vermeintlich »links-grünen« Bundesregierung zu konzentrieren (beginnend mit dem Heizungsgesetz) und ein Gefühl der Unregierbarkeit und vom »kranken Mann Deutschland« zu erzeugen. Mit in Haftung genommen werden alle zivilgesellschaftlich engagierten »Gutmenschen«, soziale Bewegungen wie Fridays for Future oder Letzte Generation, aber eben auch die Partei DIE LINKE, als vermeintlich linksliberale, akademisch-urbane, »weltfremde« »Blase«, die vom Rest der Bevölkerung abgehoben sei (vgl. Ege/Gallas 2024, 20).

Natürlich könnten die unter den Triggern verborgenen Unsicherheiten und Kränkungen unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen auch solidarisch und egalitär bearbeitet werden. Je weniger Teile der Bevölkerung jedoch an materielle Verbesserungen (durch die Politik) glauben, je mehr die großen sozialen Fragen in Bezug auf Löhne, den Zugang zu Wohnen, Gesundheit etc. in den Hintergrund treten, kaum bearbeitet werden, desto stärker treten die kleinen und feinen Unterschiede hervor. Dabei hat eine Verschiebung der Empörung stattgefunden: International prägten die »Indignados« (die Empörten) der Platzbesetzungen in den Jahren nach 2011 einen linken Aufbruch, in Deutschland gelangte – nachdem die Empörung über die Einführung der Hartz-IV-Gesetze nur noch eine schwindende Erinnerung war – die soziale Frage zumindest mit der Energiepreiskrise und der Inflation für einen begrenzten Zeitraum zurück in die öffentliche Debatte. Die Empörung

wanderte weg von sozialen (oder auch ökologischen) Fragen hin zu einer rechtsoffenen, (social-)medial gestützten Aufregungsökonomie. Die Wohnungsnot, die zu geringen Löhnen, der Pflegenotstand oder der Lehrermangel ebenso wie die nicht mehr vermeidbare Klimakatastrophe, Feminizide oder die hartnäckig ungleiche Entlohnung der Geschlechter (Gender-Pay-Gap), all diese gesellschaftlichen Skandale werden eben nicht zu Triggerpunkten.

Wenn dies auch bei Menschen aus der Arbeiter:innenklasse ideologisch nach rechts führt, dann agieren sie nicht »gegen« ihre eigenen Interessen, sondern für andere ihrer Interessen, gerade weil die linke Orientierung auf die soziale Frage über Jahrzehnte wenig an der wachsenden Ungleichheit zu verändern schien. Die individuellen und sozialen Interessen dieser Einzelnen werden im Zuge ihrer (aktiven) Subjektivierung im Rahmen nationalistischer, autoritärer und radikal rechter Diskurse und Denkformen umgebaut: Was ihnen nützt oder schadet, beurteilen sie dann vom neugewonnenen rechts-autoritären Standpunkt aus – vielleicht die wirksamste Form der »ideologischen Transformationsarbeit« (Haug 1980, 47, bzw. PIT 1980) der radikalen Rechten im Prozess der Faschisierung, die Ausbildung einer Weltanschauung, die die herrschende Sicht herausfordert. Das heißt leider auch, dass die Betroffenen dann nicht für linke Politik zu gewinnen sind, indem an ihre »wirklichen« sozialen Interessen appelliert (und dem Kulturkampf ausgewichen) wird.

Die radikale Rechte mobilisiert und schürt »moralische Paniken«, so Alex Demirović (2018, 29) in Anschluss an die Cultural Studies um Stuart Hall und Stanley Cohen. Die Subalternen werden durch diese auch medial verstärkten Paniken und »politische Polarisierungsunternehmer« (Mau u. a. 2023, 278) »ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespalteten Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen – und dafür belohnt mit Aufmerksamkeit« (Demirović 2018, 32).⁶³ So stehen »psychischer Apparat« und »ideologische Apparate in Wechselwirkung« (Horkheimer 1932, 59f.).

Ein verbreitetes Muster ist, die drohende oder bereits erfolgte eigene Abwertung durch Abwertung anderer zu kompensieren, denn das Gefühl der eigenen Würde und der gesellschaftlichen Stellung ist ein relationales. Man vergleicht sich mit der Position anderer. Weise ich anderen eine Stellung weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie zu, bin ich selbst nicht ganz unten, eventuell sogar Teil der Mitte, gehöre dazu, zumindest als Angehöriger einer Nation, ihrer Leistungsträger, einer überlegenen »Rasse«, eines überlegenen Geschlechts. Klassismus, Rassismus, Nationalismus und Sexismus sind die gesellschaftlich wirksamsten Formen der Konstruktion von Ungleichwertigkeit. Für die Einzelnen sind dies zugleich Versuche

63 Mit Wilhelm Reich kann die Offenheit für Faschisierung als »emotionale Grundhaltung« (Reich 1933, 15f.) des neoliberal zugerichteten und durch kapitalistische Krisen verunsicherten Menschen entziffert werden, die autoritär umschlägt, changierend »zwischen rebellischen Emotionen und reaktionären sozialen Ideen« (ebd.).

der Selbststabilisierung durch das, was Benedict Anderson Zugehörigkeit zu »imaginären Gemeinschaften« genannt hat, ethnische oder nationale Konstruktionen wie Volk, Vaterland, christliches Abendland etc., die als ideologische Gedankenformen fungieren, mit deren Hilfe Konkurrenz und Unsicherheitserfahrungen subjektiv bewältigt werden können: gegen die Zumutungen einer Modernisierung und Transformation, nicht zuletzt gegen die Infragestellung einer vermeintlich normalen Lebensweise. Allerdings haben »Populismus und erst recht der Faschismus die Passivität der Bürger zum Prinzip«. Die radikale Rechte »überwindet« die ihr »zugrunde liegende kollektive Ohnmacht nicht. Im Gegenteil«, sie verschärft sie und »zwingt sie in einen geschlossenen Zirkel, indem die Angst hinter Hass und Gewaltbereitschaft« verborgen ist (Balibar 2024, o. S.).

Verdrängung, Verhärtung, Desinteresse und Empathielosigkeit gegenüber anderen Menschen. Vor allem Männer bilden einen »Körperpanzer« (Reich 1933 und Theweleit 1977) aus, der die Selbststabilisierung durch Härte gegen sich und andere sucht, aus der sich die reaktionäre Selbstermächtigung speist. Die (geistige) Erschöpfung und der Fatalismus werden in eine aggressive Haltung gegen andere gewendet, die der Spannungsabfuhr dient. Aggression gegen Individuen und Gruppen, die nicht der herrschenden Norm entsprechen, als Kompensation für Zwänge, Unterordnung und Gewalterfahrung, die die Einzelnen selbst erleiden.

Nun droht durch Krisen und Transformationen bislang Bestehendes immer weitergehend in Frage zu stehen. Der überkomplexen, unlesbaren, krisenhaften, unpersönlichen und globalisierten, chaotischen, politisch gespaltenen und konfliktiven gesellschaftlichen Vielfalt der Verhältnisse steht eine Sehnsucht nach einfachen, authentischen, ursprünglichen oder traditionellen (vormodernen) gesellschaftlichen Verkehrsformen gegenüber, nach Zusammenhalt und einer Gemeinschaft mit klarer Ordnung, die Orientierung gibt.

Die große Regression

Die Erschöpfung auf der einen und die von rechten Kräften vorangetriebene Faschisierung auf der anderen Seite münden in die Gefahr einer großen Regression. Letztere zeichnet sich nicht einfach durch die Sehnsucht aus, zu einer »guten alten Zeit« zurückzukehren. Sie ist ein Effekt, wo das Denken und Handeln gegenüber dem Neuen »verstockt« (Adorno 1949, 16), was nicht nur eine angemessene Krisenbearbeitung verhindert, sondern Gegenkräfte mobilisiert, »die die Ressourcen zur Lösung vernichten« (Jaeggi 2023, 218).

Individuelle und gesellschaftliche Regression können als eine unbewusste Reaktion auf die Zumutungen der Transformation und die multiplen Krisen verstanden werden, die die eigene Lebensweise und Identität, die Formen des Denkens und Fühlens bedrohen. Die Subjekte versperren sich innerlich gegen diese Zumutungen und Veränderungen, gewissermaßen eine »Erfahrungs-

blockade« (ebd., 212). Diese kommt einer »Realitätsvermeidung« gleich, die die Krisen- und Problembewältigung »verhindert« (217). Denn es geht um ein »Zurück zu etwas oder ein Festhalten an etwas, wohin man (auf diese Weise) gar nicht zurückkehren kann und das sich nicht bewahren lässt« (242).

»Der Abschied von Liebgewonnenem, von althergebrachten und praktischen Formen des Fühlens, Denkens und Handelns, verlangt eine Krise. Doch die spontane Parteinahme lässt Fühlen und Wollen auf der Seite des Alten, oft retrospektiv Verklärten stehen. Gesellschaftlich progressive Entwicklung braucht jedoch den Bruch mit den alten Formen als Voraussetzung des Neuen.« (F. Haug 2003, 63) Die Faschisierung ist Ausdruck dafür, ebendiesen Bruch, sei es in Form einer ökologischen und gesellschaftlichen Modernisierung, noch mehr in Form einer egalitären und sozialistischen Alternative, zu verhindern. Dies gelingt nicht zuletzt, weil die Kosten der Transformation einseitig den lohnabhängigen Klassen und hier v. a. den unteren Teilen auferlegt werden. Sie erleben die Veränderungen als negativ. Erst die Folgen der großen Krise 2009ff., dann die Corona-Krise, der Krieg in der Ukraine, Energiepreiskrise und Inflation, die sich verschärfende Klimakrise – permanente Anforderungen, Veränderungen, Anpassungen ohne Lösung der zentralen gesellschaftlichen Probleme oder Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen. Ergo wollen viele ihre alte Position in den Verhältnissen nicht verlassen, »um handlungsfähig zu bleiben und auch die schon gewährten Privilegien zu erhalten« (ebd., 65), die freilich von allen Seiten bedroht erscheinen. Die Einzelnen (jene, die es können und wollen) verhärten sich, um standzuhalten (andere verzweifeln und ziehen sich zurück).

Radikal rechte Politik kann als durchaus bewusster Prozess gesellschaftlicher Regression betrachtet werden, der ebenjene Verstocktheit und Blockade dazu einsetzt, »die Momente der Realität, die offenkundig nicht aushaltbar sind, die nicht konfrontiert werden können, zu kompensieren« (Jaeggi 2023, 222) und in ein reaktionäres und zerstörerisches Projekt zu überführen.

Eine Entwicklung, die die liberalen Demokratien nicht »von außen« trifft, deren Grundlagen vielmehr in ihren »immanenten Defiziten« liegen (226), die die herrschenden Klassen und Gruppen selbst nicht angegangen sind in einer Weise, dass sie wirkliche Führung im Sinne der Berücksichtigung der Interessen der untergeordneten gesellschaftlichen Gruppen für einen aktiven Konsens organisiert hätten. Die Klassenbasis des aktiven Konsenses war schon in der neoliberalen Periode immer weiter zusammengedrückt worden; in der grün-kapitalistischen und liberalen Modernisierung der »Ampel« wurde versäumt, einen breiten Klassenkompromiss zu suchen. So erweiterte dieses angehende Hegemonieprojekt selbst die Grundlagen für sein eigenes Gegenprojekt der Faschisierung und den Hass, der der halbierten liberalen Demokratie⁶⁴ selbst entspringt.

64 Die liberale Demokratie bezieht sich grundsätzlich nicht auf die gemeinsame Verfügung über die kapitalistischen Grundlagen der Ökonomie.

Das Verhältnis von Faschisierung und Bourgeoisie/Kapital

Mit Blick auf die Ursachen des Misslingens ist auch ein Blick auf die Rolle der Bourgeoisie bzw. des Kapitals zu werfen. Die ökologische Modernisierung verspricht zwar als Einzige eine Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter. Doch bedeutet dies auch eine Entwertung und Vernichtung bestehender fixer Kapitalien. Entsprechend geben zwar Investitionen in postfossile Produktionen die Richtung künftiger Entwicklung vor, aber nur, insofern zugleich bestehende Produktionslinien und Infrastrukturen weiter maximal verwertet werden können. Folglich sperrt sich das Kapital gegen eine zügige ökologische Modernisierung. Kurzfristige Interessen an der Verwertung fossil-basierter Produktion stechen die langfristigen Akkumulationsinteressen im Rahmen eines grünen Kapitalismus aus.

Nicht zuletzt die großen Autokonzerne profitieren – trotz Rückgang der Exporte nach China – von der immer noch steigenden globalen Nachfrage nach großen und teuren Autos. Zu den Unternehmen mit den größten Gewinnsteigerungen in den Jahren 2021 und 2022 gehören Mercedes, BMW und VW sowie der Zulieferer Continental (Trautvetter 2024, 15f.). »Es zeichnet sich ab, dass das Zeitalter der Verbrenner-Autos doch länger andauern« wird als erwartet, so die Commerzbank (in *nd* v. 30.3.2024, 6). Auf diese Weise können die Konzerne kompensieren, dass sie den Umstieg auf Elektroautos fast verschlafen haben und hinter die Konkurrenz aus China und den USA zurückgefallen sind. Entsprechend gering ist der Anreiz, in kleinere E-Autos mit geringeren Gewinnmargen oder alternative Produkte (z. B. den Bau von E-Bussen) zu investieren.⁶⁵

Aber auch die großen »grauen« Konzerne der Energiebranche agieren vergleichbar. Zwar versuchen sich alle einen grünen Anschein zu geben, investieren vermehrt in grüne Energien und stoßen perspektivisch wenig gewinnbringende alte Bereiche ab. Dennoch verdienen die Mineralölkonzerne und Energieversorger weiter überproportional an den fossilen Technologien, in denen sie massiv fixes Kapital in Anlagen und Infrastrukturen festgelegt haben, welches sich noch vortrefflich verwerten lässt (vgl. Trautvetter 2024). Auch die Rüstungskonzerne eilen von einem Rekordprofit zum nächsten.

Während der Umbau von Produktion, Infrastrukturen und Städten Billionen-Investitionen erfordern und zugleich enorme Summen an fixem Kapital vernichten würde, ohne Gewissheit, ob sich die neuen Investitionen rentieren, sichert der *spatial fix* (Harvey) bereits getätigter Investitionen in fossile Bereiche noch bequeme Profite – zumindest für einige. Andere, v.a. kleinere Betriebe oder Zulieferer, sind gar nicht in der Lage, die Mittel für eine Umrüstung aufzubringen, das Risiko einzugehen. So haben es große Teile der unterschiedlichen Kapitalfraktionen gar nicht so eilig mit der ökologi-

⁶⁵ Zugleich wird das in der internationalen Konkurrenz vergleichsweise teure variable Kapital, also die Beschäftigung, in deutschen Werken weiter abgebaut.

schen Modernisierung, selbst die weltmarktorientierten Konzerne nicht, die die Finanzkraft hätten, um in die Zukunft zu investieren, aber ihr hochproduktives fixes Kapital nicht entwerten möchten. Am Ende zählt eben immer noch der kurzfristige Profit und der damit verbundene Shareholder-Value.

Kampf um den schrumpfenden Kuchen oder eingeschränkte Mittel zur Konsensproduktion

Schon seit Beginn des Neoliberalismus wird die stagnierende und teilweise sinkende allgemeine Profitrate des Kapitals überkompensiert durch massive Umverteilung von den Lohn- zu den Kapitaleinkommen und räumliche Ausweitung der Produktionsweise auf den Globus, vielfach verbunden mit grassierender Prekarität und Überausbeutung, die die Reproduktionsfähigkeit der Arbeitenden in Frage stellt. Dabei kommt es auch zur Umverteilung von eher binnenorientierten Kapitalien zu weltmarktorientierten Kapitalfraktionen. Auf diese Weise können Letztere weiter wachsende Profite, sogar Rekordprofite realisieren. Zugleich verstärkt sich die Tendenz zur Überakkumulation von Kapital, zur Stagnation der Wachstumsaussichten, zu Pleiten kleinerer Kapitale. Dank der Liberalisierung der Finanzmärkte und durch freundliche Unterstützung der Staaten können sich die weltmarktorientierten Kapitalfraktionen einer Besteuerung entziehen. Um den Kapitalkreislauf am Laufen zu halten und weil Steuermittel fehlen, verschulden sich Staaten immer stärker. Zugleich dürfen sie sich aber auch nicht zu stark verschulden und sollen bei den staatlichen Ausgaben einer Kontrolle durch die Finanzmärkte unterworfen bleiben. Zu diesem Zweck dienen Schuldenbremse und Austeritätspolitiken, die selbst in Krisen und Umbruchszeiten die Investitionsmöglichkeiten des Staates wie die Mittel zur Umverteilung und Konsensproduktion erheblich begrenzen.⁶⁶

Die kommenden Klimakatastrophen und Krisen schränken die Spielräume weiter ein, denn die gegenwärtige Lebens- und Produktionsweise kann nicht weitergeführt werden – oder eben nur für schrumpfende Teile der Bevölkerung, in der Welt wie innerhalb der kapitalistischen Zentren.

Insofern herrscht neben Versuchen der kruden Verdrängung und Leugnung der Klimakatastrophe ein mal mehr, mal weniger ausgesprochenes Verständnis, dass es nicht für alle reichen wird und der bestehende Wohlstand und Status daher verteidigt werden muss gegen die »außen« und »unten«, die vermeintlich leistungslosen Bezieher von Einkommen (*Takers*) vs. Leistungsträger (*Makers*). Auch hier greift wieder ein tiefer Fatalismus,

⁶⁶ Tatsächlich machen die 40 DAX-Konzerne 82 % ihres Umsatzes außerhalb Deutschlands und leiden daher kaum unter der schwachen Konjunktur oder der zwischenzeitlich hohen Inflation in Deutschland (*nd* v. 30.3.2024, 6), während kleine und mittelständische Unternehmen, die stark auf die Binnennachfrage angewiesen sind, wirtschaftliche Probleme haben. Auf diese Weise wird tatsächlich eine mittlere Bourgeoisie erheblich ausgedünnt, wie Thomas Sablowski im Gespräch (27.3.2024) anmerkt.

der eine Veränderung der Verhältnisse in eine andere Richtung, gar eine andere Gesellschaft, gar nicht denkbar werden lässt. Die »Überbevölkerung« sei die eigentliche Ursache der ökologischen Krise, und diese »Überzähligen« wollten nach Deutschland migrieren und bedrohten damit den hiesigen Wohlstand (vgl. Callison/Söding 2023, 75).⁶⁷

Die Schwäche des grün-kapitalistischen Projekts wiederum ist, dass wir es vermutlich mit einer tiefen Reproduktionskrise des Kapitalismus zu tun haben, in der die Tendenz zu vermehrten ökonomischen und sozialen Krisen, ökologischen Katastrophen⁶⁸ und neuen geoökonomischen Konflikten und Kriegen es fraglich macht, ob es mittelfristig überhaupt zu einer neuen, mehr oder weniger stabilen Periode kapitalistischer Transformation kommen wird. Dabei ist es kein Trost, dass solche Transformationen sich auch früher erst durch die Hölle von Weltkriegen, Kapitalvernichtung und menschlicher Barbarei vollziehen konnten. Wenn aber schon der grüne Kapitalismus, der sich selbst als ein autoritärer Kapitalismus formiert – als Festung nach außen, militarisiert, und nach innen unsozial –, den Anforderungen kaum oder nicht gerecht wird, dann ist es nur konsequent, wenn auch ein radikal rechtes Projekt gar nicht beabsichtigt, die multiplen Krisen zu bearbeiten, sondern im Katastrophenkapitalismus für seine Klientel zu sichern, was zu sichern ist, gegen »die von außen« und »die da unten« – und gegen die »verräterischen Eliten« (Goes), die uns der Globalisierung aussetzen, Billigkonkurrenz ins Land holen, »verrückte« Klimapolitik und »Gendergaga« für »skurrile« Minderheiten machen. So rückt auch die Rücknahme des Verbots der Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotor als Signifikant ideologischer Identifikation vom rechten Rand wieder in die bürgerlich-konservative Programmatik: So versprach der Vorsitzende der konservativen Fraktion im Europäischen Parlament, CSU-Politiker Manfred Weber, die Rücknahme dieses EU-Beschlusses, bestätigt von CDU-Chef Friedrich Merz (*nd v.* 1.6.2024, 3). Die FDP formuliert ein völlig anachronistisches Programm, welches dem Autoverkehr in den Innenstädten wieder den Vorrang einräumen und zum »Umstieg auf den PKW« motivieren soll. Konservative wie radikale Rechte in Europa wollen den European Green Deal zurücknehmen. Das Zugehen der Kommissionspräsidentin von der Leyen auf die faschistische italienische Ministerpräsidentin Meloni verspricht nichts Gutes für die Fortführung eines ambitionierteren grün-kapitalistischen Modernisierungsprojekts in der EU.

Der Zuwachs der radikalen Rechten in Europa und der Bundesrepublik bringt dieses Modernisierungsprojekt in die Defensive. Insofern kann die

67 »Die rassistische Mär des ›Bevölkerungsaustauschs‹ wird aus der spezifischen Natur-Mensch-Beziehung, einem wichtigen ideologischen Baustein rechter Weltbilder, entwickelt. Diese stützen sich auf die Mystifizierung einer natürlichen und schützenswerten Verbindung zwischen den Menschen einer beschworenen Nation und der in ihrem Territorium eingeschlossenen Natur.« (Callison/Söding 2023, 75)

68 Es gibt zahlreiche klimawissenschaftliche Hinweise, dass wir bereits sechs der neun ökologischen Grenzen überschritten haben und das Klima wahrscheinlich auf ein globales Szenario von 3–4 Grad zusteuert (vgl. Richardson u.a. 2023).

Faschisierung als Kampf um den verbleibenden stofflichen und finanziellen Wohlstand angesichts eines ökonomisch wie ökologisch schrumpfenden »Kuchens« verstanden werden, ohne die hohen (Extra-)Profite des Kapitals und der Superreichen anzutasten, dabei jede Form der Umverteilung von oben nach unten dethematisierend durch Verschiebung der vertikalen Konfliktachse um den Mehrwert in eine horizontale Achse des Kulturkampfes. Gewissermaßen eine reaktionäre Wende in eine imaginierte Vergangenheit und zum Erhalt der »guten alten« Lebensweise, des »Normalen«.⁶⁹

Auf diese Weise wird die Faschisierung »als übergreifendes Klassenbündnis verständlich« (Candeias 2018, 47): von absteigenden Teilen der Lohnabhängigen, von vom Abstieg bedrohten Teilen ins Kleinbürgertum gewechselter Facharbeiter:innen (die ihr Eigenheim und Konsumniveau verteidigen), von aufsteigenden Leistungsindividualist:innen und etablierten Kleinbürgern, durch Globalisierung unter Druck stehenden kleinen und mittelständischen Unternehmerfamilien, durch steigende Kosten und Nachwuchsmangel angeschlagenen Handwerksbetrieben, durch Umbrüche in der Produktionsweise etwa durch Digitalisierung oder durch die ökologische Krise bedrohten (fossilistischen) Industrien, ja auch von jenen bürgerlichen Intellektuellen, die eine mangelnde Anerkennung und Marginalisierung ihrer Positionen erfahren haben (von Professor von Lucke bis zu Gauland), oder auch von in demokratischen Gemeinwesen in ihrer Bedeutung geminderten Militärs und Mitgliedern der repressiven Staatsapparate (Polizei und Verfassungsschutz). »Bei den absteigenden Klassenfraktionen kann sogar von einem Übergang von der Verunsicherung hin zu manifester bzw. drohender Deklassierung gesprochen werden.« (Ebd.) Hinzu kommt schließlich eine alte-neue Klasse von der übrigen Gesellschaft enthobenen Superreichen wie Elon Musk,⁷⁰ die das demokratische Gemeinwesen geringschätzen und soziale und demokratische Rechte als Einschränkung ihrer Möglichkeiten zur Ausbeutung von Mensch und Natur (z. B. im kleinen Grünheide) betrachten.

69 »Die AfD ist« wie viele ihrer rechtsradikalen Schwesterparteien »eine Partei der Krise: Sie bedarf der Krisenmomente, um ihre Macht zu konsolidieren. Eurokrise, Flüchtlingskrise, Coronakrise, Klimakrise: Die bisherige Entwicklung der Partei legt nahe, dass auch der ökologische Krisenmoment genutzt wird, um sowohl den Machtaufbau in der Bevölkerung als auch die stetige Rechtsverschiebung der Parteilinie weiterzutreiben.« (Callison/Söding 2023, 77)

70 Musk ist mit seiner Firma Tesla ein schillerndes Beispiel eines radikal-rechten und antidemokratischen Superreichen, der mit der Massenproduktion von Elektroautos zwar ein grün-kapitalistisches Produkt vertreibt, dafür aber die ungehemmte Aneignung von Arbeitskraft und Naturressourcen beansprucht und das nicht durch ökologische Vorgaben oder Arbeitsrechte gefährdet sehen möchte. Im Wissen um die ökologischen Grenzen und begrenzte Ressourcen geht es dabei nicht nur um Sicherung des Reichtums für die wenigen gegen die vielen auf der Erde, sondern auch darum, andere Welten zu erschließen als Ressource wie auch als für andere unerreichbare Lebensorte der Superreichen – den Weltraum. Eine Mischung aus kapitalistischem Technooptimismus, faschistoidem Futurismus und rücksichtloser, toxischer Männlichkeit.

Die Folge der blockierten Transformation wäre voraussichtlich ein Zurückfallen der deutschen Wirtschaft im Wettbewerb mit dem mehr und mehr grün-kapitalistischen, autoritären China, ebenso wie hinter die USA (im Fall einer zweiten Biden-Regierung mit weiteren großen grün-kapitalistischen Ausgabenprogrammen; bei einer zweiten Amtszeit von Trump würden wohl auch die USA ihren derzeitigen Vorsprung verlieren).

Da der Kapitalismus in seiner Massengrundlage geschwächt bzw. in Deutschland mit dem quasi-religiösen Festhalten an der Schuldenbremse selbst begrenzt ist, tolerieren die dominierenden Kapitalfraktionen die aufkommende politische Macht der Faschisierung und entwickeln selbst ein Interesse an der Entdemokratisierung, um Ansprüchen von »unten« entgegenzutreten. Der Autoritarismus des Kapitals führt zu einer Öffnung für die Tendenzen der Faschisierung.⁷¹ Ein Teil der politischen Bourgeoisie kopiert die Positionen und Methoden der Faschisierung und behauptet mindestens rhetorisch einen demokratischen Anspruch explizit gegen die rechte Konkurrenz. Je stärker das hiesige Exportmodell gefährdet ist (Candeias 2023a), desto offener werden Teile des Kapitals für protektionistische, konfrontative und gegen den neuen Rivalen China gerichtete Maßnahmen sowie für nationale Anrufungen für den Standort.

Eine aktive politische Unterstützung von Faschisierungstendenzen erwächst auch vonseiten spezifischer Kapitalgruppen (vor allem die eher weniger weltmarktorientierten Fraktionen wie bspw. der Verband der Familienunternehmer, vgl. Heine/Sablowski 2013) sowie einiger Superreicher. In anderen Ländern sind diese Verbindungen längst viel ausgeprägter, auch mit Blick auf die finanzielle Förderung radikal rechter Netzwerke: von Italien mit Barilla bis zu den Koch-Brüdern oder Elon Musk in den USA. Deutschland zieht nach, mit dem Gründer von Backwerk und Gesellschafter der Hamburger-Kette Hans im Glück, Hans-Christian Limmer, bis zum Molke-rei-Milliardär Theo Müller.⁷² Bereits 2017 ereignete sich der Skandal nicht ausgewiesener Parteispenden über 137 000 € seitens des Immobilienmilliardärs Henning Conle, der in kleinen Tranchen über Schweizer Strohmänner agiert haben soll.⁷³ Im Wahljahr 2021 erhielt die AfD immerhin fast 7 Mio. Euro an Spenden.⁷⁴ Großspenden spielen aber noch keine solche Rolle wie

71 In Frankreich erklärten im Vorfeld der entscheidenden zweiten Runde der Nationalratswahlen Unternehmensverbände, das inkohärente Programm des Rassemblement National sei zwar nicht gut, aber immer noch besser als das durchaus »kohärente« Umverteilungsprogramm der »extremen Linken« (vgl. *nd* v. 6.7.2024, 3).

72 zeit.de/wirtschaft/2024-01/afd-wirtschaft-unternehmen-unterstuetzung-vorteile.

73 sueddeutsche.de/politik/afd-alice-weidel-spendenaffaere-1.5324331 und correctiv.org/top-stories/2021/03/09/frauke-petry-ueber-geheime-treffen-der-afd-parteispitze-mit-immobilien-milliardaer.

74 abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/listen-veroeffentlicht-diese-konzerne-fuellten-die-wahlkampf-kassen-der-parteien. Zugleich ist keine andere Partei so sehr von staatlichen Geldern abhängig wie die AfD. Der Anteil an öffentlichen Mitteln liegt bei 45 %. Nur 16,5 % der Gesamteinnahmen der Partei werden über

andernorts, vielmehr erklärten sich führende Unternehmerverbände (mit dominanter Weltmarktorientierung) wie der BDI oder die DIHK für eine Verteidigung der Demokratie und gegen die AfD, um ihr Interesse am freien Welthandel und ihre Bedarfe an Arbeitskräften nicht zu gefährden. Insofern existiert, anders als beim klassischen Faschismus, noch kein tragfähiges Bündnis zwischen der »ökonomisch herrschenden« Klasse und den politischen Kräften der Faschisierung – auch wenn sie sich in der Abwendung einer zu schnellen grün-kapitalistischen Modernisierung treffen.

Entsprechend scheint mir noch ungeklärt, auf was für ein Projekt oder Regime (ohne Projekt) die gegenwärtige Faschisierung hinausliefe. Ein Projekt mit explizit hegemonialem Anspruch müsste (populistisch) auch auf den Konsens der Beherrschten setzen, wofür es aber kaum ausreichend Ressourcen gäbe (ganz anders als beim Modernisierungsprojekt unter der NSDAP). Es bliebe eine autoritäre Regierung einer Minderheit über die Mehrheit, ohne gewisse soziale Konzessionen, mit einer ultra-liberalen Wirtschaftspolitik. Angesichts zu erwartender Proteste würde dies mit mehr oder weniger brutaler Repression und diktatorischer Gewalt (Candeias 2019) und/oder entsprechender Instabilität einhergehen. Eine Modernisierung zur Schaffung von Möglichkeiten erweiterter Akkumulation (mit den fortgeschrittenen Kapitalfraktionen) wäre damit kaum verbunden, durchaus aber eine kleptokratische Umverteilung und Aneignung (mit den rückständigen oder rücksichtslosen Kapitalfraktionen). Malm u. a. (2021, 223ff.) diskutieren Szenarien, in denen Kapitalgruppen sich aufgrund verschärfter Krisen und Katastrophen einem Faschisierungsprojekt öffnen. Mit Blick auf die Beständigkeit eines Regimes wäre ein gelingendes autoritäres Hegemonieprojekt vielleicht weniger brutal als eine kleptokratische Gewaltherrschaft, aber auch wesentlich langlebiger, verbunden mit tiefgreifenderen strukturellen Umbauten.

Die Entwicklung changiert also zwischen der Ausrichtung auf eine autoritär-marktgerechte Demokratie mit gewissen liberalen Freiheiten und dem Modell einer »illiberalen Demokratie«. Dabei geht es nicht (mehr) um die Abschaffung der Demokratie als vielmehr um ihre reaktionäre Umarbeitung. Hier treffen sich alte Neoliberale vom Schlag eines August von Hayek mit der Rechten von AfD bis Meloni: populistisch leicht aufzuladende Volksabstimmung statt Parlamentarismus und Parteienwettbewerb, ein Präsidialprinzip (in welchem das Initiativrecht für die Gesetzgebung weitgehend auf die Exekutive verschoben, das Parlament entmachtet wird), bei Beibehaltung gewisser demokratischer, »eher: postdemokratischer Rituale« (Burschel 2024) wie Wahlen (bei nachteiligen Ausgangsbedingungen und Behinderung oppositioneller Kandidaturen, dem Versuch medialer Kontrolle etc.).⁷⁵ In jedem

Mitgliedsbeiträge erzielt – letzter Platz unter den Parteien. Der Rest, 38,5%, muss eben über Spenden gedeckt werden (*nd* v. 8.4.2024, 4).

75 Étienne Balibar spricht mit Blick auf Frankreich von einem »potenziellen Faschismus«, der (ganz im Sinne der Faschisierungsthese) »bereits viele Züge des Faschismus« aufweist, »sich aber aus taktischen Gründen und weil nicht alle Bedingungen für eine

Fall wären bei einer relativen Konsolidierung eines solchen Regimes alle politischen und sozialen Rechte und Freiheiten gefährdet, die die Arbeiter:innenbewegung und andere erkämpft haben, verbunden mit verschärfter Ausbeutung von Mensch und Natur.

Selbstlähmung der liberalen Demokratie

Eine dystopische These: Im Osten wurden die harten neoliberalen Reformen in den 1990er Jahren wie in einem Labor durchgesetzt, bevor sie auch im Westen verallgemeinert wurden (Candeias 2000). Heute droht eine analoge Entwicklung: Hier wird bereits intensiv zunächst kommunal, vereinzelt in Landesparlamenten eine Zusammenarbeit von AfD und CDU auf ihre öffentliche Resonanz getestet. Eine Studie von Steffen Hummel und Anika Taschke hat dies jüngst noch einmal anschaulich belegt: 121 konkrete Fälle solcher Kooperationen in Ostdeutschland im Zeitraum Sommer 2019 bis Ende 2023 konnten recherchiert werden – nicht alle, aber die allermeisten mit der CDU (Hummel/Taschke 2024).

Nach dem Rechtsruck bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben die drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die Verhältnisse neu sortieren. Danach dürften stabile Regierungsbildungen angesichts einer faktischen Sperrminorität der AfD schwierig werden. In Brandenburg fehlt einer »großen Koalition« von SPD und CDU eine Stimme. In Thüringen und Sachsen verhandelt die CDU mit dem bis vor kurzem noch als Paria geltenden BSW. Minderheitenregierungen wären eine weitere bisher ungeliebte Möglichkeit, versprechen jedoch kaum politische Fortschritte. Eine zumindest rechnerisch stabile Möglichkeit wäre die Tolerierung einer Minderheitsregierung der CDU durch die AfD, formell oder auch informell, oder gar eine formale Koalition der CDU mit der AfD – zumindest wird dies längst debattiert, viele fordern den Fall der sogenannten »Brandmauer«, die ohnehin schon viele Risse und Löcher aufweist. Wider alle Unvereinbarkeits-Beteuerungen träumen viele – nicht nur Konservative – von einer Regierungsmehrheit jenseits der ungeliebten Koalitionen mit Grünen oder SPD – und davon, die AfD zu »entzaubern«, wenn sie sich konkret beweisen muss.

Dieser Traum ist allerdings schon in Italien oder Österreich geplatzt, um nur zwei Beispiele zu nennen. Im Ergebnis haben die radikalen Rechten – trotz aller Turbulenzen – erheblich an Stimmen dazugewonnen. Setzt sich diese Entwicklung, unterstützt vom Agieren der Konservativen, fort, führt irgendwann kein Weg mehr an einer Regierungsbeteiligung vorbei, möglicherweise auch auf Bundesebene nicht. Oder es bleibt bei einer relativen

Massenmobilisierung zur Eliminierung der »inneren Feinde« im Rahmen einer integralen nationalistischen Ideologie gegeben sind, vor einem letzten Schritt zurück[hält]«. In dieser Hinsicht hält Balibar die »Entwicklung im Indien Modis oder im Amerika Trumps« für »weiter fortgeschritten« (nd v. 6.7.2024, 18–27, hier 27).

Hegemonie in Teilen Ostdeutschlands und einer eingehetzten AfD mit einem Stimmenanteil um die 15 bis 20% im Bund. Ein anderes Szenario könnte aber auch sein, dass die CDU/CSU als zentrale Partei im rechten parlamentarischen Spektrum erfolgreich gespalten, überholt und in Frage gestellt wird. In Österreich beschreitet die rechtsradikal gewendete ÖVP diesen Weg, und in Italien spielen die »alten« rechtspopulistischen Kräfte Forza Italia (von Berlusconi) und Lega heute nur noch eine Nebenrolle im Schatten der neofaschistischen Parteien. Insofern ist dies auch ein Kampf um die Neuzusammensetzung und Führung des herrschenden Machtblocks. Beim Spiel um die Macht sollte aber nicht aus dem Blick geraten: »Faschisierungsdynamiken lassen sich nicht kontrollieren.« (Strobl 2021, 149)

Die CDU wird weiter um eine Positionierung ringen. Es braucht also den Druck einer antifaschistischen Bewegung und der Öffentlichkeit auf die CDU/CSU, sich an dieser Stelle nicht auf Experimente mit der AfD einzulassen – immerhin gibt es noch Kräfte in der CDU, die eher eine konservativ-liberale, demokratische Linie vertreten.

Was wäre von einer schwarz-braunen, Pardon: schwarz-blauen Koalition zu erwarten (vgl. auch Burschel 2024)? Zunächst würde die AfD Zugang zu Regierungsämtern und Verwaltungsapparaten erhalten, hunderte von »autoritären Persönlichkeiten« (Adorno) in Positionen bringen: von Ministerämtern für Inneres oder Bildung über Richter bis hin zu Polizei- und Gleichstellungsbeauftragten – missliebige Personen könnten ihres Amtes enthoben oder in Misskredit gebracht werden. Erklärtermaßen dürften folgen: die Einstellung der Förderung zivilgesellschaftlicher, antifaschistischer und linker Projekte und Strukturen, aber auch von (nicht-repressiven) Integrationshilfen für Geflüchtete sowie die Kriminalisierung des Protests gegen rechts. Mit der Schwächung bzw. Vernichtung solcher Strukturen dürfte sich die rechte Hegemonie in Teilen der betroffenen Bundesländer weiter verankern. Vermutlich würde versucht werden, Einfluss auf die Universitäten und Hochschulen zu nehmen – in der Besetzungspolitik, bei der Forschungsförderung, durch Einschränkung der Spielräume linker Hochschulgruppen (das Genderverbot wurde bereits erwähnt). Demgegenüber könnten radikal rechte Think-Tanks in den Genuss einer staatlichen Förderung kommen, generell rechte Netzwerke in Polizei, Justiz, Verwaltung und Zivilgesellschaft massiv gestärkt werden. Die AfD würde sich an einem weitgehenden Umbau des Staates versuchen, der auch nach einer möglichen Abwahl noch Bestand hätte. In den USA hat sich Donald Trump dies als wichtigste Aufgabe für eine zweite Amtszeit vorgenommen (schon seine erste war in dieser Hinsicht sehr erfolgreich, wie insbesondere die Besetzung des Obersten Gerichtshofs zeigt). Auch konservative Landesregierungen haben Vorlagen geliefert: Polizei- und Versammlungsgesetze in Bayern oder Nordrhein-Westfalen wurden verschärft, und der Präventivgewahrsam gegen Klimaaktivist:innen in Bayern kann auch von einem künftigen AfD-Innenminister als Repressionsinstrument genutzt werden. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von

Clan-Kriminalität könnte eine rechte Landesregierung Migrant:innen das Leben schwer machen, und Abschiebungen könnten neue Rekordniveaus erreichen (zahlreiche Hinweise finden sich bei Steinboes 2024).

Zumindest bleibt die Rechtsverschiebung nicht mehr unwidersprochen. Die Demonstrationen nach dem (un)heimlichen »Remigrationstreffen« bestärken die vereinzelt gegner:innen einer weiteren Faszisierung, viele erleben, dass sie nicht allein sind mit ihren Ängsten und politischen Überzeugungen. Und die Demonstrationen verunsichern die radikale Rechte in ihrer Vorstellung, *sie* seien doch »das Volk«, bremsen ihren Höhenflug etwas ab, auch wenn ihre Kraft ungebrochen scheint. Doch stärken die Demonstrationen schon jetzt progressive Strukturen, viele Initiativen erfahren einen Zulauf an Aktivist:innen, auch die LINKE.

Zugleich ist klar, die Demonstrationen sind nicht dauerhaft auf diesem Niveau zu halten. Es kommt zu einer Art neuer Ungleichzeitigkeit: viele, auch kämpferische Streiks und Proteste, aber keine Bündelung. Es handelt sich um eine Welle des Protests ohne Projekt. »Unteilbar« hatte zumindest für einige Jahre eine Plattform geboten, auf der Aktivitäten koordiniert und gebündelt werden konnten. Derzeit hat die progressive Seite der Gesellschaft keine bündelnde Struktur, aber auch immer noch keine politische Idee einer Alternative. SPD, Grüne und auch die LINKE sind für viele keine Repräsentanten mehr.

Es bleibt eine Selbstlähmung des Liberalismus, nicht nur aufgrund des mangelnden Willens zu einer »wehrhaften Demokratie«, wie es nach der Erfahrung des Faschismus in Deutschland traditionell genannt wurde. Sondern auch, weil die sozialen und ökonomischen Grundlagen der Faszisierung nicht thematisiert werden, denn dann würde die Politik der gegenwärtigen und vorangegangenen Regierungen zum Gegenstand. Stattdessen wird nur die »ideologische« Auseinandersetzung mit den Antidemokraten gesucht, und dies, ohne die eigenen Autoritarismen und die Übernahme von Positionen der radikalen Rechten zu hinterfragen. »Wenn wir also so etwas wie eine demokratische Regression zu verzeichnen haben, dann kann die Gegenmaßnahme nicht darin bestehen, einfach zur Demokratie zurückzukehren, wie sie vorher war« (Jaeggi 2023, 243), da die Regression eben in den »immanenten Defiziten« dieses Vorher begründet liegt (226). Das gilt nicht nur für die ›Ampel‹, sondern auch für einen breiten Teil der Proteste gegen rechts.

Ein – verspätetes – Verbot der AfD wäre eine Art Notbremse. Die Diskussion darum und um die diversen möglichen Schritte dahin hat gezeigt, dass die Gefahr der Faszisierung zumindest teilweise erkannt wird, frühere Abwägungen häufig hintenangestellt werden. Allerdings ist zweifelhaft, wer in der Exekutive und Judikative sich letztlich dafür starkmachen wird (zumal solche Auseinandersetzungen juristisch langwierig sind). Doch schon die Diskussion macht jeder und jedem deutlich, worum es geht. Im Jahr 2024 kann kein:e Wähler:in der AfD mehr für sich beanspruchen, nur aus Pro-

test eine solche Partei zu wählen, ohne recht zu wissen, wofür sie steht. Angesichts dessen, dass die Wahlergebnisse der AfD bei den drei jüngsten Landtagswahlen nicht ganz so stark ausfielen wie noch in Umfragen zuvor, scheint zumindest ein kleiner Teil dies genau so verstanden zu haben.

Vom »hilflosen Antifaschismus« zur Solidarität gegen die große Regression

Wie kommen wir also von einem »hilflosen Antifaschismus« (Haug), in dem eine linke Position »nicht zum bloßen Anhängsel des Ökosozialliberalismus« wird (Goes 2024), zu einem Projekt? Ein »substanzieller Antifaschismus stellt einen Zusammenhang her zwischen der von rechts angestrebten faschistischen, völkischen Barbarei und der strukturellen Ungleichheit im Hier und Jetzt, verbindet also – positiv bestimmt – einen Abwehrkampf mit einer langfristigen Perspektive für eine Gesellschaft, in der Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur leere Floskeln, sondern weitestmöglich realisiert werden« (Friedrich 2024). Oder einfacher ausgedrückt: In der Kritik der Faschisierung und der dahinterstehenden Kräfte gilt es, Jahrzehnte des Neoliberalismus sowie das katastrophale Scheitern der Ampel-Regierung und der grün-kapitalistischen Modernisierung von links aufzugreifen und eine Alternative zu artikulieren, in Anschluss an Thomas Goes gewissermaßen einen sozialen oder besser: sozial-ökologischen Antifaschismus. Dafür braucht es in der Front der Demokraten den »Geist der Abspaltung« (Gramsci) von links gegen die Herrschafts- und Unterdrückungsmomente der liberalen Demokratie im Namen wirklicher Freiheit und Gleichheit.

Für ein dennoch breites Bündnis, ein bewusstes und organisiertes, populäres Gegenprojekt, muss es nicht gleich die sozialistische Alternative sein, dafür ist vielleicht (noch) nicht der Moment. In breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen wäre schon viel gewonnen, wenn man sich auf vielleicht vier Forderungen fokussieren würde: Verbot der AfD, ein sofortiges Klimageld und ein Investitionspaket für die sozialen Infrastrukturen von Gesundheit über Bildung und Soziales Wohnen bis zur öffentlichen Mobilität, finanziert über eine Reform der Schuldenbremse und eine Millionärssteuer, um die Reichen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen und mehr gesellschaftliche Teilhabe und Gleichheit zu realisieren. Die Forderungen müssten natürlich erst in einem Prozess ausgehandelt werden. Aber eine solche Herangehensweise könnte ein Lackmustest für breite demokratische Bündnisse sein⁷⁶ – zumindest für ein eigenständiges Agieren von links.

76 Für eine neue (Mitte-links-)Volksfront wie in Frankreich fehlen in der Bundesrepublik derzeit die Voraussetzungen. Die Spaltung der Linken in Frankreich ist schon vor Jahren vollzogen worden, alle »linken« Parteien (Sozialisten, Grüne, KP und LFI) haben an Potenzial eingebüßt und befanden sich auf absehbare Zeit in der Opposition. Die drohende Machtübernahme von Marine Le Pen beförderte in der Not den Druck zur Konvergenz. In Deutschland hingegen sind SPD und Grüne in der Regierung noch

Wenn führende deutsche Unternehmen sich gegen die AfD positionieren, dann begrüßen wir das. Aber wir konfrontieren sie auch mit den genannten Forderungen und erweitern die demokratische Frage auch auf die Demokratie in den Betrieben und in der Wirtschaft, auf das Feld der Arbeit. Andernfalls bleibt es ein hilfloser Antifaschismus, beliebig, weil er jene Kräfte miteinschließt, die entweder selbst die grün-kapitalistische Modernisierung blockieren oder sie eben in den Sand setzen, Aufrüstung und Ökologie gegen die soziale Frage ausspielen. Die Faschisierung in Deutschland und andernorts entfaltet ihre Wirkung als Gegenprojekt zur gegenwärtigen Transformation in einem »Kapitalismus am Limit« (Brand/Wissen 2024).

Die gesellschaftliche Linke, aber auch die Partei DIE LINKE können als organisierende Kräfte eines Pols gegen die große »Regression« Wirkung entfalten. Die Regression bezieht sich nicht nur auf die liberalen, feministischen und ökologischen Errungenschaften, sondern auch auf die sozialen und gewerkschaftlichen. Das erfüllt viele mit Sorgen und Ängsten; gemeinsame Solidarität hingegen kann zugleich mobilisieren und eine übergreifende Erfahrung als fortschrittliches Gegenbild zur vermeintlichen »Volksgemeinschaft« schaffen. Denn es braucht die Alternative eines solidarischen, sozial-ökologischen Systemwechsels, wenigstens eine Andeutung in diese Richtung, die Zukunft wieder vorstellbar werden lässt, der Bedrängnis und Angst vor Veränderung Raum gibt und ihnen eine glaubwürdige Hoffnung entgegensetzt, einen Weg skizziert, um gemeinsam handlungsfähig zu werden, den »Wärmestrom« (Bloch) der Solidarität zu erfahren. Mit Horkheimer geht es darum, wie der begründete Pessimismus produktiv gemacht werden kann, damit er nicht in Fatalismus umschlägt.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1949): Philosophie in der neuen Musik, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 12, Frankfurt/M 1975
- Arendt, Hannah (1972): *Wahrheit und Lüge in der Politik*, München
- Balibar, Étienne (2024): Volksfront oder Kartell der Linken? Über den Aufstieg des Faschismus in Frankreich und den linken Nouveau Front Populaire, in: *nd* v. 30.6.; nd-aktuell.de/artikel/1183372.linker-widerstand-in-frankreich-volksfront-oder-kartell-der-linken-das-kommende-volk-n-teil.html
- Balibar, Étienne, u. Immanuel Wallerstein (1990): *Klasse, Rasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg/Berlin
- Becker, Lia (2023): Blockierte Transformation und rechte Offensive. Was folgt aus dem Scheitern der »Fortschrittskoalition«?, in: *LuXemburg*, H. 2, 14–21; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/blockierte-transformation-und-rechte-offensive

nicht am Tiefpunkt ihres Falls angelangt, anders als die LINKE nach der notwendigen Trennung von Wagenknecht & Co und der Gründung von BSW. Jedoch bleibt auch in Frankreich nach dem unerwarteten Erfolg der Volksfront angesichts der *Cohabitation* mit Präsident Macron die Situation blockiert bzw. instabil.

- Becker, Lia (2024): Deutschland am Kipppunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung, in: *LuXemburg*, H. 2, 6–15; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kipppunkt-becker/
- Bloch, Ernst (1935): *Erbschaft dieser Zeit*, in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 4, Frankfurt/M 1985
- Brand, Ulrich, u. Markus Wissen (2024): *Kapitalismus am Limit*, München
- Brückner, Peter (1982): *Psychologie und Geschichte*, Berlin
- Burschel, Fritz (2018): *Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror*, 3. überarbeitete Aufl., Rosa-Luxemburg-Stiftung; rosalex.de/publikation/id/8811/durchmarsch-von-rechts
- Burschel, Fritz (2024): Der Schoß ist fruchtbar noch«, in: *nd* v. 16.3., 20–21; nd-aktuell.de/artikel/1180739.proteste-gegen-rechts-der-schoess-ist-fruchtbar-noch.html
- Candeias, Mario (2004): Produktion des Neofaschismus und seine Nähe zum Neoliberalismus, in: ders., *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Hamburg, 337–341; 2., verbesserte Aufl. 2009, 412–417; academia.edu/48947951/Candeias_Neoliberalismus_Hochtechnologie_Grundrisse_einer_transnationalen_kapitalistischen_Produktions_und_Lebensweise_Eine_Kritik
- Candeias, Mario (2008): Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit. Prekarisierung, Psyche und erweiterte Handlungsfähigkeit, in: *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis* (Zeitschrift der DGVT) 2/2008, 249–268
- Candeias, Mario (2009): Die letzte Konjunktur. Organische Krise und ›postneoliberale‹ Tendenzen, in: ders., *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Hamburg, 2., verbesserte Aufl., 7–22
- Candeias, Mario (2012): Hello ..., does anybody rule? Die (Un)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen, in: *Gegen den Neoliberalismus andenken*, hg. v. A. Demirović u. C. Kaindl, Hamburg, 82–100
- Candeias, Mario (2015): Gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer linken verbindenden Partei, in: ders. (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa – linke Gegenstrategien*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 55–73; rosalex.de/publikation/id/8340/rechtspopulismus-in-europa
- Candeias, Mario (2018): Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, in: ders. (Hg.), *Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 33–60; rosalex.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung
- Candeias, Mario (2019): Aufstieg des Globalen Autoritarismus. 19 Thesen zu Ursachen und Bestimmungsmomenten, in: *LuXemburg online*, Juli; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/aufstieg-des-globalen-autoritarismus-19-thesen-zu-ursachen-und-bestimmungsmomenten
- Candeias, Mario (2023a): *Wirtschaftswende jetzt. Die Erosion des deutschen Exportmodells erfordert Elemente einer neuen Ökonomie*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin; rosalex.de/publikation/id/50716/wirtschaftswende-jetzt
- Candeias, Mario (2023b): Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums, in: *LuXemburg online*, August; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr
- Callison, William, u. Tatjana Söding (2023): Leugnen und verzerren. Die Klimakrise als Treibstoff der AfD, in: *LuXemburg*, H. 2, 72–77; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/leugnen-und-verzerren
- Cohen, Stanley (1972): *Folk Devils and Moral Panics. The Creation of Mods and Rockers*, London, 3. Aufl. 2002

- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: *Prokla* 190, 48. Jg., Nr. 1, 27–42
- Demirović, Alex (2023): Gegen die Eindeutigkeit, in: *LuXemburg*, H. 2, Dezember; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/gegen-die-eindeutigkeit
- Dimitroff, Georgi (1935): Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI, in: ders., *Ausgewählte Schriften*, Bd. 2, Berlin 1958, 523–625
- Ege, Moritz, u. Alexander Gallas (2024): Stimmung gegen links, in: *nd Die Woche* v. 31.8., 20–21
- Figuro Ibarra, Carlos (1999): Faschismus, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4, hg. v. W.F. Haug, Hamburg, 147–165
- Friedrich, Sebastian (2024): Antifaschismus reloaded: Jetzt wieder alle zusammen gegen die AfD? Kann helfen, aber ..., in: *Der Freitag* v. 15.3., 12
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*, hg. v. K. Bochmann, W.F. Haug u. a., Hamburg
- Goes, Thomas (2024): Welche Strategie gegen den Rechtsruck? Für breite Bündnisse und sozialen Antifaschismus, in: *LuXemburg online*, Januar; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/mit-wem-gegen-rechts
- Grünewald, Stephan (2013): *Die erschöpfte Gesellschaft*, Frankfurt/M-New York
- Guthier, Christina, Walter Reimund u. Andreas Scheuermann (2024): *Erschöpfung 2023. Eine Untersuchung zu Wahrnehmung, Ursachen und Einstellungen*; aucturity.net/wp-content/uploads/2023/12/AUCTORITY-Studie-Erscho%CC%88pfung_2023.pdf
- Haug, Frigga (2003): Entwurf zum Stichwort »Krise I« für das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 7/II
- Haug, Wolfgang Fritz (1980): Annäherung an die faschistische Modalität des Ideologischen, in: PIT, *Faschismus und Ideologie*, Bd. 1, Berlin, 44–80; überarb. Neuausgabe 2007, 67–112
- Haug, Wolfgang Fritz (1986): *Faschisierung des Subjekts*, Hamburg/Berlin
- Haug, Wolfgang Fritz (1987): *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Hamburg/Berlin
- Häusler, Alexander, u. Michael Fehrenschild (2020): *Faschismus in Geschichte und Gegenwart. Ein vergleichender Überblick zur Tauglichkeit eines umstrittenen Begriffs*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin; rosalex.de/publikation/id/41996/faschismus-in-geschichte-und-gegenwart
- Heine, Frederic, u. Thomas Sablowski (2013): *Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin; rosalex.de/publikation/id/7138/die-europapolitik-des-deutschen-machtblocks-und-ihre-widersprueche
- Horkheimer, Max (1932): Geschichte und Psychologie, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, 48–69
- Hummel, Steffen, u. Anika Taschke (2024): *Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin; rosalex.de/publikation/id/51762/haelt-die-brandmauer-1
- Jäger, Anton (2023): *Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne Folgen*, Frankfurt/M
- Jaeggi, Rahel (2023): *Fortschritt und Regression*, Frankfurt/M
- Kühnl, Reinhard (1999): Faschismustheorie, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4, hg. v. W.F. Haug, Hamburg, 165–186
- Malm, Andreas, u. The Zetkin Collective (2021): *White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Facism*, London/New York
- Mau, Steffen, Thomas Lux u. Linus Westheuser (2024): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Frankfurt/M
- Nolte, Paul (2001): Unsere Klassengesellschaft. Wie könnten die Deutschen angemessen über ihr Gemeinwesen sprechen?, in: *Die Zeit* v. 4.1.; zeit.de/2001/02/Unsere_Klassengesellschaft

- Nolte, Paul (2008): Wie sich die Mittelschicht neu erfindet, Interview in: *Die Welt* v. 6.8.; welt.de/wirtschaft/article2279824/Wie-sich-die-Mittelschicht-neu-erfindet.html
- Opratko, Benjamin (2023a): Die Rückkehr des Faschismus, in: *Das Tagebuch*, Nr. 12/1; tagebuch.at/2023/12/die-rueckkehr-des-faschismus
- Opratko, Benjamin (2023b): Am Abgrund. Erleben wir einen faschistischen Moment?, in: *LuXemburg*, H. 2, 6–13; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-abgrund
- PIT – Projekt Ideologietheorie (1980): *Faschismus und Ideologie*, überarb. Neuausgabe 2007, hg. v. K. Weber, Hamburg
- Poulantzas, Nicos (1977): *Krise der Diktaturen: Portugal, Griechenland, Spanien*, Frankfurt/M
- Rehmann, Jan (2020): Trumps Amerika: Vorbote eines neuen Faschismus?, in: *Jacobin*, Oktober; jacobin.de/artikel/donald-trump-prasidentschaftswahl-us-wahl-faschismus
- Rehmann, Jan (2023): Nazismus, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 9/II, hg. v. W.F. Haug u. a., Hamburg, 2303–2330
- Reich, Wilhelm (1933): *Die Massenpsychologie des Faschismus*, Köln/Berlin-W 1971
- Richardson, Katherine, u. a. (2023): Planetary Boundaries, Stockholm; stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html
- Sauer, Birgit (2023): Exzess der Affekte. Rechte Entwürfe von Männlichkeit, in: *LuXemburg*, H. 2, 78–85; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/exzess-der-affekte
- Steinboes, Maximilian (2024): *Die verwundbare Demokratie – Strategien gegen die populistische Übernahme*, Berlin
- Strobl, Natascha (2021): *Radikalisierter Konservatismus*, Frankfurt/M
- Thalheimer, August (1930): Über den Faschismus, in: Wolfgang Abendroth (Hg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt/M-Wien 1967, 19–38
- Theweleit, Klaus (1977/78): *Männerphantasien*, Frankfurt/M u. a.
- Togliatti, Palmiro (1935): *Lektionen über den Faschismus*. Vorlesungen von 1934/35, hg. v. IMSF, Frankfurt/M 1973
- Trautvetter, Christoph (2024): Übergewinne richtig besteuern. Ein Update zur Debatte über Krisengewinne und gewinngetriebene Inflation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin; rosalux.de/publikation/id/51548/uebergewinne-richtig-besteuern
- Weber, Klaus (1999): Faschisierung, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4, hg. v. W.F. Haug, Hamburg, 142–146
- Weber, Klaus (2018): *Resonanzverhältnisse. Zur Faschisierung Deutschlands*, Hamburg
- Wiegel, Gerd (2020): Weimarer Verhältnisse? Rechte Gewalt im historischen Vergleich, in: *LuXemburg*, H. 2, 50–55; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/weimarer-verhaeltnisse
- Wiegel, Gerd (2024): Völkische Planspiele. Die extreme Rechte zwischen Vertreibungsfantasien und Verbotverfahren, in: *LuXemburg online*, Februar; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/voelkische-planspiele